

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50.-
 (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Wefenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75.-, für Versammlungsanzeigen 50.- die Zeile.

Die Arbeitszeit muß verkürzt werden!

Die Registrierinstrumente am Wirtschaftsapparat werden heute gewissenhafter beobachtet als in vergangenen Jahren. Ziffern der Handels- und Zahlungsbilanz, der Etat des Reiches und der Länder, Produktionsindizes und die Kurve der Arbeitslosigkeit stehen heute im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Diese Ziffern, Zahlen und Kurven sind zu Registrierinstrumenten geworden, die den Stand der Wirtschaft anzeigen. Die Statistik, jene wichtige Hilfswissenschaft der Nationalökonomie, ist zu einem feinen Registrierapparat ausgebaut worden, der alle, auch die feinsten Schwingungen im Wirtschaftsorganismus wieder spiegeln läßt. Je nach dem Stand der wirtschaftlichen Meßinstrumente treffen Unternehmer, Behörden und die Interessengemeinschaften im öffentlichen Leben ihre Dispositionen, um die Schwierigkeiten der aufgezeigten Lage auszunutzen oder diese zu beseitigen.

Die Instrumente, die wiedergeben wie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gelagert sind, zeigen wenig Erfreuliches. Wir wissen, daß rund 4 Millionen Hand- und Kopfarbeiter ohne Beschäftigung sind. Zwar hat sich die Erwerbslosenziffer in den letzten Monaten um einige Hunderttausend verringert; im Grunde genommen bedeutet diese geringe Entlastung gar nichts, denn die Gesamtziffer der Erwerbslosen ist noch so ungemein hoch, daß der geringe Rückgang nicht als eine Entlastung des Arbeitsmarktes anzusprechen ist. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nicht nochmals auf die trostlosen, beinahe katastrophalen Verhältnisse auf dem baugewerblichen Arbeitsmarkt einzugehen. Unsern Lesern sind diese Verhältnisse hinreichend bekannt. Leider, das muß heute ausgesprochen werden, wird sich an dieser verzweifelt Lage am baugewerblichen Arbeitsmarkt in nächster Zeit wenig ändern. Nur unter zwei Voraussetzungen kann eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe eintreten: Wenn größere öffentliche Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, oder wenn die Arbeitszeit im Baugewerbe wesentlich verkürzt wird. Nur diese zwei Möglichkeiten bieten die Gewähr für eine Entlastung des Arbeitsmarktes. Untersucht man nun die Durchführungsmöglichkeiten, die zur Entlastung des Arbeitsmarktes führen könnten, so findet man, daß die Finanzklemme des Reiches und der Länder die Bereitstellung größerer Mittel für die Ankurbelung des Baugewerbes zur Zeit leider nicht gestattet. Wesentlich anders liegt es hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit. Hier besteht die Möglichkeit der reibungslosen Durchführung einer Maßnahme, die zur Entlastung des Arbeitsmarktes wesentlich beitragen kann.

Die Gewerkschaften haben die Notwendigkeit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit rechtzeitig erkannt und entsprechende Forderungen aufgestellt. Gerade unser Verband hat mit aller Schärfe die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Bei den bezirklichen Verhandlungen über die Lohnfrage, bei den zentralen Verhandlungen über den neuen Reichstarifvertrag und bei der zentralen Lohnregelung haben unsere Vertreter nachdrücklich die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. In Duzenden von Artikeln haben wir nachgewiesen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit aus produktions-technischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen dringend erforderlich sei. Wir haben gemeinsam mit den übrigen baugewerblichen Arbeiterverbänden an die Reichsregierung appelliert und in unserer Eingabe vom 17. April die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche im Baugewerbe gefordert. Unternehmer und Regierung haben sich bis heute gegenüber unsern dringlichen Forderungen ablehnend verhalten. Erst in der Notverordnung vom

5. Juni wird ausgesprochen, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages für einzelne Gewerbe, Gewerbebezüge, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern, die im § 1 Satz 2 und 3 der Verordnung über die Arbeitszeit (Gesetz vom 14. April 1927) vorgesehene regelmäßige Arbeitszeit auf vierzig Stunden wöchentlich herabsetzen kann. Vor Erlaß einer Verordnung dieser Art ist zu prüfen, ob die Herabsetzung der Arbeitszeit technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitnehmer durchführbar ist. So lauten diese Bestimmungen der Notverordnung, die dem Reichsarbeitsministerium Veranlassung gaben, die an der Arbeitszeitregelung im Baugewerbe besonders interessierten Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter zu einer Aussprache einzuladen.

Die ersten Verhandlungen über die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im Bau- und Bauneben-gewerbe fanden am 23. Juni im Reichsarbeitsministerium statt. Die Regierung war außerordentlich stark vertreten, ebenso die Vertreter der baugewerblichen Arbeiter- und Unternehmerverbände. Ministerialdirektor Siskler vom Reichsarbeitsministerium, der die Verhandlungen leitete, betonte den bereits bekannten Standpunkt der Regierung in der Arbeitszeitfrage. Die diesbezüglichen Bestimmungen der Notverordnung dürften nicht auf dem Papier stehenbleiben, sie müßten verwirklicht werden, wenn eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten soll. Die Regierung würde es begrüßen, wenn die Parteien eine Vereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung träfen, denn nur dadurch sei es auch möglich, eine Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten zu erreichen. Der Regierung komme es darauf an, eine Mehrinstellung von Arbeitskräften zu erreichen. Eine Steigerung der Arbeitsintensität und Verteuerung der Bauten dürfe natürlich durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintreten. Natürlich sei die Einschränkung der Ueberstunden notwendig. Auch ließ der Regierungsvertreter durchblicken, daß die Regierung auf dem Verordnungswege die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen gezwungen sei, falls die Parteien in der Arbeitszeitfrage zu keiner Einigung kommen würden.

Im Anschluß an die Ausführungen des Regierungsvertreters begründeten die Arbeitervertreter unsern

Standpunkt in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der bereits in der Denkschrift vom 17. April niedergelegt war. Die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und gesetzlichem Einstellungszwang wurde von uns gefordert. Ebenfalls sei es notwendig, die Akkordarbeit an öffentlichen Bauten vollkommen zu verbieten. Die Lage auf dem baugewerblichen Arbeitsmarkt verlange gebieterisch, daß die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften schnellstens Rechnung trage.

Die Unternehmervertreter entgegneten in der ihnen eigenen Art. Für sie ist es unmöglich eine Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe durchzuführen. Sie hielten es für den größten Schilddürgerstreich, wolle sich die Regierung herbeilassen, die Arbeitszeit im Baugewerbe zu verkürzen. Im Baugewerbe sei die Einführung der 40-Stunden-Woche technisch vollkommen unmöglich. Die Vertreter des Hoch-, Beton- und des Tiefbaugewerbes benutzten zu der Begründung ihres ablehnenden Standpunktes die uns schon aus der Vorkriegszeit bekannten Argumente: das Bauen wird verteuert, die Leistung des einzelnen sinkt, und es ist technisch unmöglich, die Arbeitszeit zu verkürzen. Alle alten Ladenhüter zur Begründung ihres ablehnenden Standpunktes in der Arbeitszeitfrage holten die Unternehmer aus ihrer geistigen Rüstkammer. Was soll man zu so viel Engstirnigkeit noch sagen? Kein Funke von sozialer Einsicht ist im Unternehmerlager vorhanden. Die Lage am Arbeitsmarkt kümmert sie nicht im geringsten. Sie brauchen vielmehr die industrielle Reservearmee zur Durchführung ihrer lohnpolitischen Pläne.

Bei dieser geistigen Einstellung der baugewerblichen Unternehmer zu den brennenden Fragen der Gegenwart war an eine Verständigung in der Arbeitszeitfrage nicht zu denken. Das sahen auch die Vertreter der Regierung ein. Darüber müssen sich die Unternehmer jedoch im klaren sein: die Wochenarbeitszeit wird auch im Baugewerbe verkürzt werden. So oder so. Es ist unmöglich, daß die Regierung noch länger tatenlos zusehen kann. Die arbeitsmarktpolitischen und die technischen Voraussetzungen für die Verkürzung der Arbeitszeit sind längst erfüllt. Reichsregierung, warum zauderst du?

Die Generallinie der Unternehmer

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit steht gegenwärtig die Frage der Arbeitszeit. Aus arbeitsmarktpolitischen und produktions-technischen Gründen fordern die Gewerkschaften die Einführung der 40stündigen Wochenarbeitszeit. Ein Blick auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zeigt uns, daß gerade in Deutschland die Notwendigkeit für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung gegeben ist. Gegenwärtig sind noch rund 4 Millionen Hand- und Kopfarbeiter erwerbslos und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren rund 33,2% aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Auch der Prozentsatz der Kurzarbeiter ist abnorm hoch. Im Baugewerbe liegen die Dinge so, daß in den ersten fünf Monaten dieses Jahres rund 75% aller baugewerblichen Arbeiter ohne Beschäftigung gewesen sind. Nach den statistischen Erhebungen der baugewerblichen Arbeiterverbände zeigt sich, daß Ende Mai noch rund 60%, in unserm Verband sogar 63,6% der Mitglieder erwerbslos waren. Auf die Ursache dieser furchtbaren Erwerbslosigkeit, die sich besonders im Baugewerbe bemerkbar macht, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Die ungenügende Finanzierung des Baumarcktes, der Entzug von 400 Millionen Mark öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau und die zunehmenden Kredit-schwierigkeiten der öffentlichen Körperschaften sind die wesentlichsten Ursachen der zunehmenden Dauererwerbslosigkeit. Hinzu kommt ab- noch ein anderes. Die Rationalisierung im Baugewerbe hat in der Nach-

kriegszeit, besonders aber in den letzten fünf Jahren, erhebliche Fortschritte gemacht. Selbst im Zimmergewerbe, wo man vor Jahren die Anwendung mechanischer Arbeitskräfte im Produktionsprozeß im gleichen Ausmaß wie in den übrigen Gewerbebezügen nicht für möglich hielt, kann heute das Gegenteil festgestellt werden. Die Maschine setzt auch im Zimmergewerbe genau wie in den übrigen Gewerbebezügen des Bau- und Bauneben-gewerbes in erheblichem Umfang Arbeitskräfte frei. Selbst bei guter Konjunktur wird es künftig nicht mehr möglich sein, den gleichen Beschäftigungsgrad zu erreichen, wie das in der Vorkriegszeit und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit der Fall gewesen ist.

Die Gewerkschaften haben den Ernst der Situation erkannt und aus der gegebenen Lage die einzig mögliche Konsequenz gezogen: sie haben eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Auch die Reichsregierung sieht allmählich ein, daß der Achtstundentag nicht für alle Zeit erhalten bleiben kann. Gewiß sind es in der Gegenwart arbeitsmarktpolitische Fragen, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme in der Arbeitszeitfrage veranlassen. Auch das Gutachten der Brauns-Kommission in der Arbeitszeitfrage wird vornehmlich diktiert von arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten. Im Gegensatz hierzu vertreten die Gewerkschaften die Auffassung, daß die Arbeitszeitverkürzung vornehmlich aus produktions-technischen Gründen erfolgen muß. Sie darf auch nicht zur vorübergehenden Erscheinung werden; denn

nach dem Stande der Technik muß die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden zu einem Dauerzustand werden. In den Entschlüssen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die sich in letzter Zeit sehr eingehend mit der Frage einer Arbeitszeitverkürzung befaßt haben, kommt das treffend zum Ausdruck.

Wie stellen sich nun die Unternehmer zu diesem schwierigen Problem? Wir verraten unsern Lesern kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung im gesamten Unternehmertum schärfsten Widerstand findet. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, so führen sie bei jeder Verhandlung aus, ist unmöglich. Diese Unmöglichkeit der Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung wird von den Vertretern des Unternehmertums mit den gleichen Argumenten belegt, wie wir das schon immer gewohnt waren. Bei den Verhandlungen am 23. Juni, die auf Veranlassung der Reichsregierung im Reichsarbeitsministerium zu Berlin stattfanden, verteidigten die Unternehmer ihre Generallinie. Man hörte die gleichen Argumente, die man auch bei der Diskussion über Fragen der Arbeitszeitverkürzung in der Vorkriegszeit hören mußte. Der stenographische Bericht der ersten Verhandlungen zwischen den bau-gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden, die am 8. Februar 1908 in Frankfurt a. M. stattfanden, können wir fast wörtlich die gleichen Argumente der Unternehmer nachlesen, die sie bis jetzt in Hunderten von Verhandlungen, und auch am 23. Juni im Reichsarbeitsministerium, vorgetragen haben. Als die Arbeitervertreter im Jahre 1908 eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bereich des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes forderten, antwortete der alte Stratege der Unternehmer, Karl Lüscher, Frankfurt a. M., folgendes:

Es hat mich sehr befremdet, daß gesagt wurde: Wenn die Arbeitszeit verkürzt würde, könne man so und soviel Arbeiter mehr einstellen und damit sei den Arbeitern, die sonst überflüssig seien, Gelegenheit zur Arbeit gegeben. Ich muß Ihnen gestehen: Ich begreife nicht, wie man einen solchen Einwurf machen kann. Wenn Sie der Meinung sind, daß man auf einem Bau oder in einer Werkstatt, wo nur eine bestimmte Anzahl Leute arbeiten können, wirklich drei oder vier Leute mehr einstellen kann, so ist mir dies ganz und gar nicht verständlich. In den meisten Fällen ist jeder Mann mehr vom Uebel, denn er hätte gar nicht den Raum, seine Arbeitskraft zu betätigen.

Soweit der alte Lüscher! Die Unternehmersyndikati haben am 23. Juni bei den Verhandlungen der Arbeitsministerien genau das gleiche zum Ausdruck gebracht. Wir sehen, es ist gar nichts Neues, was die Unternehmer an Argumenten vorbringen. Mit der Fähigkeit, mit der sie damals den Kampf gegen die Einführung des Sechsstunden-Tages geführt haben, führen sie heute den Kampf gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche. Auch der alte Lüscher hat in den Verhandlungen am 10. Februar 1908 in Frankfurt a. M. hinsichtlich der Frage der Arbeitszeitverkürzung das Folgende ausgeführt:

Ich kann konstatieren, daß die Arbeitsleistung in den letzten Jahren zurückgegangen ist, und ich glaube recht gern, daß sie dies nicht in dem Maße beurteilen können wie wir. Unsere Kollegen wissen recht gut, was sie die Bauten früher gekostet haben, und sie wissen ferner, daß die Kosten der Arbeitsleistung wesentlich in die Höhe gegangen sind, und zwar um viel mehr als der Arbeitslohn. Das heißt mit andern Worten: Die Leistungen haben nachgelassen.

Rund 23 Jahre später argumentieren die Unternehmer in der gleichen Weise. Sie führten auch bei den Verhandlungen am 23. Juni jene sadenscheinigen Argumente ins Feld und behaupteten, daß durch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit die manuellen Leistungen im Bau-gewerbe noch mehr herabsinken würden. Es ist immer der alte Schimmel, der geritten wird. Am Schluß seiner Kampfrede gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, die Lüscher bei den grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und den bau-gewerblichen Unternehmerverbänden im Jahre 1908 hielt, führte er folgendes aus:

Ich kann mich dahin resumieren: Ich kann sehr wohl begreifen, daß Sie im Interesse Ihrer Auftraggeber dahin streben, ihnen das Leben so angenehm wie möglich zu machen, und ich, was meine Person anbelangt, gönne jedem, daß er auf dieser Erde so gut und so schön wie möglich lebt; aber andererseits ist es uns unmöglich, von der zehnstündigen Arbeitszeit im Sommer abzugehen. Wir bedürfen der Zeit, um die Aufträge, die wir bekommen, rechtzeitig fertigzustellen. Wenn es überzeugend nachgewiesen werden könnte, daß das, was wir in zehn Stunden bearbeiten, in neun Stunden fertigzubringen ist — aber diesen Beweis können Sie nicht erbringen, denn was Sie uns sagen, sind nur Theorien, die sich in der Praxis nicht bewährt haben — würden wir gern die Arbeitszeit verkürzen. Unter diesen Umständen sind wir aber zu unserm Bedauern vorläufig nicht in der Lage, an eine Verkürzung der Arbeitszeit heranzutreten.

Das ist die Generallinie, die seit 40 Jahren im Unternehmerlager eingehalten wird. Man kann von den Innungsfraternen und ihren Syndikatis nichts anderes verlangen. Im Unternehmerlager sieht man die sozialen Probleme der Gegenwart nicht oder man will sie nicht sehen. Es sind die gleichen Argumente, die vorgetragen werden, wenn die Vertreter der Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit fordern. Von ihrer Generallinie weichen die Unternehmer nur dann ab, wenn sie durch Kampf dazu gezwungen werden. Lohnfragen sind Machtfragen, aber auch Fragen der Arbeitszeitverkürzung sind es in dem gleichen Maße; darüber sind sich die Gewerkschaften vollkommen einig.

Schluß mit dem amtlichen Lohnabbau?

Drei wichtige Tatsachen legen Zeugnis ab, daß auch die amtlichen Stellen die gefährlichen Auswirkungen der amtlichen Lohnsenkungen erkannt haben. Am 27. Juni hat der Reichskanzler Dr. Brüning auf dem Deutschen Bankiertag eine Rede gehalten. Dabei streifte er auch die Lohnfrage, weil gerade in den Kreisen des Bankkapitals

vielfach noch die Auffassung vertreten wird, daß die Senkung der Wirtschaft nur erfolgen könne, wenn das Lohnniveau noch weiter gesenkt werde. Dr. Brüning ist sehr deutlich geworden, als er ausführte, wo die Fehler liegen, die zum Verhängnis geführt haben.

„In den hinter uns liegenden Jahren der Scheinkonjunktur — so führte der Kanzler aus —, die man nicht sofort richtig erkannt hat, sind Fehler gemacht worden, nicht nur von der öffentlichen Hand, sondern auch von der Privatwirtschaft. Beide haben zusammenzuwirken, um diese Fehler zu überwinden. Es hat keinen Zweck, wenn die eine Seite der andern ihre Fehler vorwirft. Amerika muß hier Beispiel sein. In Amerika hat man durch schonungslose Kritik die Fehler der Wirtschaftsführung der letzten Jahre dargelegt. Eine solche Politik muß auch in Deutschland Platz greifen. Die Regierung hat sich nicht geschaut, gemachte Fehler auf sich zu nehmen und einzelne Fehler einzugestehen. Das gleiche muß die private Wirtschaft, müssen die Organisationen auch tun. Mit der Forderung nach Lohnsenkung kommt man nicht weiter. Die Formel Lohnsenkung bringt keine Rettung. Sie kann nur die Wirtschaft schwächen und muß die Produktion auf schwerste schädigen.“

Das war auch immer unsere Meinung. Nur darf Dr. Brüning nicht vergessen, daß in seinem Ministerium die Idee von dem unheilvollen Lohnabbau propagiert und mit Hilfe der staatlichen Machtinstrumente in die Praxis umgesetzt wurde. Vielleicht sind das die Fehler der Regierung gewesen, von denen der Kanzler auf dem Bankiertag gesprochen hat. Immerhin ist anzuerkennen, daß der höchste Beamte des Reichs ausgesprochen hat: Die Formel Lohnsenkung bringt keine Rettung.

Aber nicht nur der Reichskanzler, sondern auch sein Ministerkollege und Parteigenosse Dr. Stegerwald scheint durch die Wirkungen des Lohnabbaues für die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung eines Besseren belehrt worden zu sein.

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau vom 20. Juni 1931 für verbindlich erklärt. Seiner Entscheidung hat er folgende Begründung gegeben:

„Bei dieser Entscheidung bin ich mir der bedrängten Lage des Ruhrbergbaues, wie sie sich aus der letzten Untersuchung des Reichswirtschaftsministeriums ergibt, bewußt.

Die Reparationsfrage wird aufgerollt

Soovers Entschluß, den Kriegsschuldern Amerikas und den Reparationsgläubigern Deutschlands die Aussetzung der Reparationszahlungen für ein Jahr vorzuschlagen, erfolgt in einem Augenblick schärfsten Bedrängnisses für Deutschland. Aus welchen Gründen und in welcher Absicht der Entschluß gefaßt wurde, steht dahin. Der Wortlaut von Hoovers Erklärungen kann sie nicht völlig klarstellen. Hoovers Hinweis, daß bei der gegenwärtigen günstigen Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten (wie im übrigen auch Frankreichs) Gold dorthin einströmen muß und daß diesem Goldüberfluß in andern Ländern ein Goldmangel, der zu schweren Währungs- und Wirtschaftsnöten führt, gegenübersteht, ist völlig stichhaltig. Ebenso ist es richtig, daß die amerikanische Ausfuhr unter der Schrupfung der Kaufkraft der europäischen Länder leiden muß und daß die amerikanischen Farmer bessere Preise erzielen könnten, wenn die Kaufkraft in Europa steigen würde. Diese Feststellungen waren für den Entschluß mitbestimmend, wahrscheinlich aber ebenso wenig entscheidend wie die Absicht, Deutschland selbstlos zu Hilfe zu kommen. Als Hoover nach dem Waffenstillstand in der Zeit der gewaltigen Hungersnot riesige amerikanische Getreidemengen nach Rußland sandte, war das Motiv der Hilfeleistung ein Hungernde ebenso verquickt mit der tödlichen Absicht, die in gewaltigem Umfange angehäuften amerikanischen Getreidevorräte loszuwerden, wie es heute Silbsbereitschaft und Selbstinteresse sind. Zur Zeit dürfte aber Hoovers auch noch andere Beweggründe vorgeschwebt haben: die Angst vor der Radikalisierung der von der Krise heimgesuchten Massen und der Wunsch, daß der Kapitalismus die harte Probe der Krise bestehen soll. Jedoch wird nach bekanntem Spruch über die Motive nicht abgestimmt... und so wird man die Hilfe von Hoover auch dann willkommen heißen, wenn sie in der Absicht der Befestigung des Weltkapitalismus angeboten wurde, da ein Verzicht auf diese Hilfe uns den Sozialismus doch nicht bringt und nur das Elend vergrößert, während ihre Annahme eine Erleichterung, wenn auch nur für den Augenblick, bedeutet. Denn sie ist nur eine Notmaßnahme, dazu bestimmt, den deutschen Finanzen und dem deutschen Kreditwesen eine Atempause zu ihrer Sanierung zu geben.

Noch ist es nicht einmal klar, wie groß diese Erleichterung sein wird. Die Vereinigten Staaten verzichten auf die Eintreibung ihrer Kriegsforderungen an die Verbündeten unter der Bedingung, daß diese die deutschen Kriegsforderungen für dieses Jahr stunden. Da diese letzteren erheblich größere Summen ergeben als die Forderungen der Vereinigten Staaten, so müssen außer den Vereinigten Staaten auch noch andere Länder Opfer bringen. Frankreich erhält von Deutschland außer der Summe, die es selbst an die Vereinigten Staaten und England abzuführen hat, für die Aufwendungen des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete eine jährliche Summe von einer halben Milliarde Goldfranken. Ob Frankreich bei der gegenwärtigen politischen Spannung zu Deutschland und bei der trotz Frankreichs Kapitalreichtum zur Zeit gespannten Lage des Staatsbudgets dazu bereit sein wird, ob es als Gegenwert nicht unerfüllbare Forderungen an Deutschland stellen wird, steht zur Zeit dahin.

Angenommen aber, daß Hoovers Plan von allen beteiligten Ländern, vor allem auch von Frankreich, gutgeheißen wird, so würde das eine Erleichterung bedeuten, die weit darüber hinausgeht, was sich im Falle eines von Deutschland einseitig beschlossenen Moratoriums ergeben hätte. Einmal war die Ankündigung eines Moratoriums

Wenn ich gleichwohl die Verbindlichkeitsklärung aus-spreche, so geschieht es in der Überzeugung, daß bei den derzeitigen Arbeitsverhältnissen, insbesondere bei der großen Zahl von Feierschichten und der sich aus der Not-verordnung ergebenden Belastung der Bergarbeiter eine weitere Verminderung des Arbeits-einkommens zur Zeit nicht möglich ist. Diese Sachlage ist auch in gewissem Maße dadurch anerkannt, daß im ober-schlesischen Steinkohlenbezirk Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Verlängerung der bisherigen Lohnregelung aus freiem Entschluß vereinbart haben. Schließlich fällt bei der Entscheidung ins Gewicht, daß die Verlängerung der bisherigen Lohnregelung nur für einen Zeitraum von drei Monaten vorgesehen ist und nach dieser Zeit eine neue Beurteilung der Lage stattfinden kann.“

Es ist zwar eine schwache Begründung; immerhin hat der Reichsarbeitsminister den Rohlenbaronen nicht den Willen gegeben. Dank wird er aus diesen Kreisen bestimmt nicht ernten, denn die Scharfmacher an der Ruhr sind von seinem Wort, daß die Lohnpolitik „Zrrwege“ gewandelt sei, heute auch noch überzeugt. Durch die Verbindlich-klärung des Schiedspruches hat Dr. Stegerwald gezeigt, daß er sich gebessert hat. Das freut uns.

Noch ein anderer aus dem Kreise der deutschen Bank-leute hat sich in einem Referat auf dem Bankiertag zu lohnpolitischen Fragen geäußert. Geheimrat Prof. Loh, München, warnte davor, sich von einer Aufhebung der lohnpolitischen Bindungen und von einer hemmungslosen Herabdrückung des Lohnniveaus eine wirtschaftliche Besserung zu versprechen. Von vielen der praktisch Beteiligten werde die Gefahr, die hierin liege, durchaus richtig gesehen. Wer die Hoffnung hege, ausschließlich durch Lohnreduktionen zur Besserung der Wirtschaftslage zu kommen, werde unter Umständen erleben müssen, daß die poli-tischen Unruhen, die das Ergebnis einer solchen Politik wären, die wirtschaftlichen Vorteile weit mehr als kompensieren könnten.“

Soweit Prof. Loh, dem auch wir zustimmen können. Die drei Stimmen, die wir hier zitieren, sagen den Ge-werkschaften nichts Neues. Es sind unsere Argumente, die wir schon immer vorgetragen haben. Hoffentlich halten die amtlichen Stellen, was sie versprochen haben. Schluß muß gemacht werden mit dem amtlichen Lohnabbau!

auf Grund des Youngplans nur für den geschützten Teil der Reparationsleistungen erlaubt, während Hoovers Vor-schlag sich auf die ganze Reparationssumme — geschützter und ungeschützter Teil — mit Ausnahme der Zinszahlungen auf die Dawes- und Younganleihen erstreckt. Zum andern hätte das einseitige Moratorium durch die Einstellung der Übertragung des geschützten Reparationsanteils an das Ausland zunächst nur die Entlastung des deutschen Gold- und Devisenvorrats bedeutet, jedoch keine Entlastung der notleidenden Staatsfinanzen. Erst 15 Monate nach An-kündigung des Moratoriums und auch dann nur für die Hälfte des geschützten Reparationsanteils wäre eine Ent-lastung auch der Staatsfinanzen in Erscheinung getreten. Der Hooversche Zahlungsaufschub wirkt dagegen sofort, und zwar in beiden Richtungen, sowohl hinsichtlich der Ent-lastung des Gold- und Devisenbedarfs wie des Staats-budgets. Entscheidend ist aber für den Vorzug des Hoovers-Planes gegenüber einem einseitigen Moratorium, daß, während letzteres als Zeichen des wirtschaftlichen Zu-sammenbruchs Deutschlands im Ausland gedeutet werden könnte und die wankende deutsche Kreditfähigkeit noch weiter geschwächt hätte, der von den Gläubigern aus-gehende Zahlungsaufschub, da er von der Absicht der Wiederaufrichtung geleitet wird, die entgegengesetzte Wir-kung auslöst, das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Deutschlands befestigen und auf diese Weise die Kredit-versorgung Deutschlands — durch neue lang- und kurz-fristige Auslandskredite, durch Einstellung der Kreditlün-digungen und der Verkäufe von deutschen Wertpapieren und Rückgang der Fluchtgelder — verbessern dürfte.

In der Tat kommt es wesentlich darauf an, daß diese Wirkung der Befestigung des Vertrauens an die deutsche Wirtschaft eintreten wird. Dazu gehört freilich mehr als jene Entlastung der Reichsbank- und der Staats-finanzen durch den Aufschub der Reparationszahlungen. Auch kann man leider nicht hoffen, daß die Folgen der Er-schütterung des Vertrauens, die in den letzten Wochen zum gewaltigen Gold- und Devisenverlust führten, durch den Vorschlag Hoovers ausbleiben werden. Seine fluchtartige Zurückziehung gewaltiger Kapitalsummen zwang die Reichsbank zu einer Einschränkung der Kredite, die nun auf die Kreditversorgung der öffentlichen und der privaten Wirtschaft zunächst schwer rückwirken muß. Kredit-lündigungen und in deren Gefolge Zusammenbrüche und Betriebsstillegungen sind im Augenblick kaum zu vermeiden, es sei denn, daß das Ausland wider Erwarten gleich nach Ankündigung des Hoover-Planes mit erheblichen Kapital-angeboten in Deutschland erscheint, oder aber, daß Hoover, was im Augenblick noch nicht bekannt ist, außerdem auch noch mit einem Anleiheplan für Deutschland hervortreten wird, der schon vor seiner Verwirklichung Kapitalien nach Deutschland zu ziehen vermöchte. Indessen dauert die Aus-führung solcher Pläne längere Zeit, während der wir trotz Hoover auf eine weitere Verschlechterung unserer Wir-tschaftslage gefaßt sein müssen. Sie wäre freilich ohne Hoovers Dazwischentreten noch größer.

Bedeutet der Aufschub der Reparationsleistungen so-mit eine erhebliche Entlastung sowohl für das Staats-budget wie für die Reichsbank, kann sie weiterhin auch als Luftstakt für die spätere unausbleibliche Revision des Youngplans angesehen werden, so wäre es ein schwerer Irrtum, diese in der augenblicklichen Notlage sehr wichtige Entlastung als eine Tat anzusehen, die geeignet wäre, uns über die Not der Wirtschaftskrise hinwegzuhelfen. Davon kann nun keine Rede sein. Der Produktionsausfall eines einzigen Krisenjahres im Vergleich zur Zeit vor Ausbruch

der Krise dürfte etwa den fünfzehnfachen Wert der Summe verkörpern, für die wir jetzt einen Aufschwung erhalten. Der Ausfall an Lohn- und Gehaltseinkommen und damit die Schrumpfung der Massenkaufrkraft beträgt ebenfalls ein Vielfaches der Ersparnis an Reparationen. Die Krise kostet uns eben Jahr für Jahr das Fünzfache dessen, was jetzt während eines Jahres an Reparationen gespart werden soll. Unter solchen Umständen kann die Bedeutung des Zahlungsaufschubs nur in der Atempause bestehen, die sie uns gewährt, um, für kurze Zeit von der Last befreit, an der Erleichterung der Krise zu arbeiten. Diese Zeit müßte man nützen. Wird sie aber auch genützt? Dazu wäre eine gründliche Umkehr der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik erforderlich. Die Kapitalversorgung der Wirtschaft muß verbessert werden, doch nicht auf die übliche Weise, wie die Regierung dies tut, die dem Hausbesitz, der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitz Liebesgaben zuschanzt, sondern durch Schaffung der Voraussetzungen für eine (möglichst langfristige) Kapitaleinfuhr, die wir einmal nicht entbehren können, und durch Ankurbelung der Produktion, in deren Folge dank vergrößerter Umsätze und verbilligter Produktion auch die inländische Kapitalbildung steigen kann. Eine solche Erweiterung der Produktion kann jedoch bei der von der Regierung geförderten Einschränkung der Massenkaufrkraft nicht erfolgen. Die einzige Möglichkeit einer Produktionsausdehnung bietet im Augenblick neben Arbeitsbeschaffung in der öffentlichen Wirtschaft die Konsummittelindustrie, die aber durch die gegenwärtige Lohn- und Sozialpolitik immer stärker geschrumpft wird. Muß doch bei abgebauten Löhnen und Arbeitslosenunterstützungen die Konsumkraft der Massen ständig zurückgehen. Die Bedingungen für die Ausfuhrsteigerung müssen ebenfalls geschaffen werden, was aber nicht durch Lohnabbau und Förderung der Schleuderausfuhr angestrebt werden darf, da diese Mittel das Uebel nur verschärfen, sondern durch eine Richtungsänderung der Handelspolitik, die in letzter Zeit im Dienste der Großlandwirtschaft alle Maßstäbe verlor und uns früher oder später in einen schweren Wirtschaftskampf mit der übrigen Welt verwickelt. Endlich muß die Zeit auch genützt werden, um die politische Spannung, die durch die aufreißende Notverordnung ins Unerträgliche gesteigert wurde und für die Kreditpanik zum großen Teil verantwortlich ist, zu erleichtern. Die Ausmerzungen der schweren Ungerechtigkeiten der Notverordnung ist auch unter diesem Gesichtspunkt unbedingt erforderlich und dank der Entlastung des Staatsbudgets durch den Hoover-Plan selbst dann möglich, wenn die Liebesgeschenke der Notverordnung an Hauseigentümer, Großgrundbesitzer und Schwerindustrie nicht rückgängig gemacht werden. Es gibt keine bessere Anlage für die zu ersparende Reparationssumme als diese, bei gleichzeitiger Sicherung des Gleichgewichts im Staatshaushalt angesichts der drohenden Steigerung des Defizits, zu einer Abkehr von der Sozialreaktion und zur Wiederherstellung der Arbeitslosenunterstützungen zu verwenden und damit sowohl das weitere Absinken der Massenkaufrkraft als auch die Steigerung der politischen Spannungen zu verhüten.

L. S.

Krach im RGD-Laden

Die Moskauer Parteipäpste der Kommunistischen Internationale und ihre Trabanten von der RGD (Rote Gewerkschafts-Internationale) sind mit den Leistungen der RGD, durchaus unzufrieden. Bereits am 10. Juni erhielten die RGD-Strategen in Berlin einen geharnischten Brief aus Moskau. Der Inhalt dieses Briefes ist den Totengräbern der deutschen Arbeiterklasse in die Glieder gefahren. Tagelang dauerten die Auseinandersetzungen über den Brief, dessen Inhalt für die Funktionäre der RPD, und der RGD, bestimmt war. In der „Arbeiterpolitik“ vom 26. Juni, dem Organ der RPD-Opposition, lesen wir darüber folgendes:

Dieser Brief hat schwere Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung zur Folge gehabt. Der Widerstand gegen die Taktik der Exekutive der Komintern wagte sich natürlich nicht offen hervor. Durch Verschweigen der Wahrheit versuchte man die Mitglieder zu täuschen. Zunächst sollte von der Veröffentlichung des Briefes überhaupt Abstand genommen werden. Die in der City-Druckerei hergestellte Auflage des Briefes gelangte nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, zur Verteilung an die Funktionäre. Erst die Veröffentlichung des Briefinhalts in der „Arbeiterpolitik“ vom 21. Juni zwang die Parteibirokratie zu einer Entscheidung. Immerhin dauerte es noch bis Donnerstag, bis die Veröffentlichung des Briefes in der „Roten Fabrik“ erfolgte. Inzwischen wurde jedoch die Einleitung der Exekutive zu dem Briefe vollständig geändert. Die Aenderung geschah im Sinne einer Abschwächung. Außerdem wird in dem neuen Vorwort erklärt, daß die Abfindung des Briefes „auf Vorschlag der Delegation des Polbüros der RPD, auf dem XI. ERK-Plenum“ erfolgt sei. Dieser plumpe Schwindel soll dazu dienen, die durch den RGD-Bankrott vor die Hunde gegangene Autorität der Führung zu retten.

Was steht nun in dem Brief? Nun, nicht etwa, daß die Totengräberarbeit der RGD eingestellt werden soll, nein, nur daß die Taktik wieder einmal zu ändern sei und daß die „Linie“ eingehalten werden muß. In dem bekannten kommunistischen Thesenstil werden die „negativen Auswirkungen der Anzulänglichkeiten“ der bisherigen Spaltertätigkeit der RGD auseinandergesetzt und auf die wichtigsten Ursachen dieser Anzulänglichkeiten hingewiesen. Klipp und klar wird nachgewiesen, daß die RGD-Strategie von Niederlage zu Niederlage geführt hat. Kein Wunder, wenn das Heer der Anzufriedenen auch im RGD-Lager täglich größer wird. Starke Kräfte sind am Werk, um die Unfähigkeit der RGD-Leitung zu beweisen und die großen „Führer“ zu beseitigen.

Mit der seitherigen Politik der RGD, setzt sich die kommunistische Opposition in ihrer Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ in ausführlicher Weise auseinander. Sie, die es

doch wissen muß, schreibt über die Entwicklung und die seitherige Taktik der RGD, folgendes:

Zunächst nahm man Kurs auf die Schaffung eines neuen Apparats innerhalb der reformistischen Gewerkschaften zur selbständigen gewerkschaftlichen Führung von Kämpfen. Die Ausziehung dieses Apparates führte dazu, daß die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften unmöglich wurde. Man schritt also zur Gründung roter Verbände, vorwiegend aus Anorganisierten. Jetzt stellt sich heraus, daß man mit Anorganisierten keine roten Verbände aufbauen kann, die mit Erfolg Kämpfe führen können. Und jetzt, nachdem der Bankrott des Versuches vor Augen liegt, kommt man auf den Ausgangspunkt zurück, der eben zu diesem Bankrott geführt hat. Man hat sich also förmlich im Kreise gedreht. Und dabei ist eine ungeheure Arbeit nutzlos veran, ist ein riesiger Scherbenhaufen aufgetürmt, hat die RPD, in der günstigsten Lage das Feld den Reformisten überlassen, hat sie ihre politische Arbeit zur Unfruchtbarkeit verdammt, weil sie selbst den wichtigsten Hebel zur Führung von Massenaktionen aus der Hand gegeben hat. Es ist klar, daß der zweite Kreislauf noch schneller und noch katastrophaler enden muß als der erste. Und je stärker der Druck der Parteinstanzen auf Mitglieder und Funktionäre sein wird, um das neu-alte Quackalberzept durchzuführen, um so schneller wird sich Mitglieder und Funktionäre die Einsicht aufdrängen, daß der Fehler nicht in der Durchführung des Kurses liegt, sondern im Kurse selbst, daß man mit ihm aufräumen und aus der Sackgasse endlich heraus müsse. So aber geht es noch tiefer hinein!

Hier wird klar bewiesen, daß die RGD, die doch die deutsche Gewerkschaftsbewegung zerschlagen, die durch ihre Taktik das Proletariat glücklich machen wollte, nun vor dem Bankrott, vor einem Scherbenhaufen steht. Ein kleines Säuflein verärgertes Spießers, keine wirklichen Klassenkämpfer, leisten heute der RGD, und ihren „Führern“ Gesellschaft. Die RGD, ist und bleibt eine Sekte, die auf das Millionenheer der Arbeit heute ebensowenig wie in Zukunft irgendwelchen Einfluß haben wird. Dafür bürgen schon die Qualitäten ihrer Führer. Da aber im kommunistischen Lager jeder Befehl heilig ist, wird auch der befolgt, der die Spaltung der Gewerkschaften angeordnet hat. Bei dieser Spaltungsarbeit hatten die RGD-Strategen bisher sehr wenig Erfolg. Ebenso ist es mit der Errichtung ihrer „Einheitsverbände“. Scherben- und Trümmerhaufen, das ist die Folge der „revolutionären“ Arbeit. Die RPD-Opposition verlangt förmlich, daß das Parteischiff einen andern Kurs gesteuert werde. So schreibt die RPD-Opposition in der „Arbeiterpolitik“:

Nicht um irgend jemand zu demütigen, aber um den verlorenen Boden für eine breite revolutionäre Gewerkschaftsarbeit wiederzugewinnen, ist die vollständige und offene Liquidierung des RGD-Kurses notwendig. Nur so kann das verlorene Vertrauen zu uns wieder gewonnen werden.

Die Frage, um die es hier geht, ist die Lebensfrage der kommunistischen Bewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt. Ohne Einfluß unter den 7 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist die RPD, aktionsunfähig. Ohne Liquidierung des RGD-Kurses läßt sich dieser Einfluß nicht gewinnen. Und es ist nicht nur eine Frage, ob der RGD-Kurs liquidiert wird, sondern wann er liquidiert wird. Wird er nicht rechtzeitig liquidiert, so bedeutet das die kommende Katastrophe der RPD, und den Triumph des Faschismus. „Tempoverlust“ — ist hier entscheidend. Und auch auf das Wie kommt es an. Darauf nämlich, daß die Liquidierung des RGD-Kurses erfolgt, daß nicht der Scherbenhaufen noch größer wird, daß die Partei sie geschlossen, mit der nötigen vollen Klarheit und mit dem nötigen Geschick durchführt. Auch dazu ist die kommunistische Opposition bereit, mitzuhelfen, sobald einmal prinzipiell der Standpunkt gewonnen ist, daß der RGD-Kurs liquidiert werden muß.

Wie immer es sein mag, dieser Appell wird wenig Eindruck auf die linientreuen RGD-Leute machen. Diesen berufsmäßigen Querulanten wird es nicht einfallen, ihrem klapperigen Schiff einen andern Kurs zu geben; sie können gar nicht anders, wollen sie nicht ihr Brot verlieren. Gerade das ist es, was die großen „Führer“ der RGD, fürchten. Das Schicksal der Arbeiterklasse ist ihnen gleichgültig. Sie stehen im Solde Moskaus und haben jene Befehle durchzuführen, die von dort kommen. Wehe dem, der anderer Meinung ist.

Der Krach im RGD-Laden geht nun schon Monate. Eine „Richtung“ sucht die andere zu verdrängen. Eine Reihe von Strategen wurden schon vor Wochen kaltgestellt, so auch Reppschläger, der frühere Vorsitzende unserer Berliner Zahlstelle. Reppschläger mußte seinen Dienst quittieren, angeblich weil er von der „Linie“ abgewichen ist und er wird heute nur noch als Parteiarbeiter in der russischen Handelsgesellschaft in Berlin „geduldet“. Der „Reppschlägerverband“ mußte auf Befehl der RPD-Leitung liquidiert werden und in den „Einheitsverband“ aufgehen. Im „Einheitsverband“ für das Baugewerbe, jenem Saftladen der Linientreuen, geht es drunter und drüber. Einer will den andern „Führer“ vom Thron stoßen. Claquekämpfe schlimmster Art sind entbrannt. Veranlassung hierzu gab nicht erst der Brief aus Moskau. Nein, es sind eben Kämpfe um die Futterkrippe, die sich im RGD-Laden schon seit Monaten abspielen. Die Kämpfe verschärfen sich, als die Niederlagenstrategie der Berliner RGD-Leitung anlässlich der Lohnkämpfe im Baugewerbe offensichtlich zutage trat. Es wird nicht mehr lange dauern, und die RGD-Anhänger werden einsehen, daß sie von ihren „Führern“ und von der RGD, keine Besserung ihrer beruflich-wirtschaftlichen Lage erhoffen können.

Schon dämmert es in den Reihen der RPD, und der RGD. Erst wenn diese Eiterbeule am Körper der arbeitenden Klasse beseitigt ist, wenn die bewährte Einigkeit in den freien Gewerkschaften wieder restlos hergestellt ist, dann

wird die Arbeiterklasse zu neuen Siegen geführt werden. In der Einigkeit und in der Geschlossenheit der Arbeiterklasse, wie sie die Gewerkschaften erstreben, liegt die Macht, die Aufstieg und Sieg in sich bürgen.

Weltwirtschaftliche Probleme

Der Leiter des deutschen Instituts für Konjunkturforschung, Professor Ernst Wagemann, sprach in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Berlin, über das Thema Autarkie oder Weltwirtschaft? In seinem Vortrag entwickelte Professor Wagemann unter anderm folgende Gedankengänge:

„Der Weltmarkt scheint in seinen Beziehungen zur Binnenwirtschaft einem Rhythmus zu folgen, den man als die lange Welle der Konjunktur bezeichnet hat. Dieser Rhythmus ist nachweisbar mindestens für die letzten 250 Jahre. In den letzten 50 Jahren läßt sich auch zeigen, jedenfalls für Deutschland und Großbritannien, daß die Außenwirtschaft die Tendenz hat zuzunehmen, solange sich die Volkswirtschaften in der aufsteigenden langen Welle der Konjunktur befinden, während sie stagniert, wenn die lange Welle im Sinken ist. Bei einem Vergleich des Volkseinkommens mit der Spezialausfuhr zeigte sich, daß sich die Spezialausfuhr in Deutschland wie folgt verändert hat: 1892 12 %, 1900 15 %, 1913 20 %, 1928 16 %. Für Großbritannien beobachten wir ganz ähnliches: 1903 17 %, 1913 23 %, 1928 18 %. Die Auslandsbeziehungen haben aber nicht nur wechselnde Entwicklungstendenzen von Epoche zu Epoche, sondern auch von Land zu Land, wobei ganz bestimmte Gesetzmäßigkeiten sich ausdrücken lassen. So ist ein grundsätzlicher Unterschied in den Außenhandelsbeziehungen der hochkapitalistischen Länder einerseits zu den neukapitalistischen (wie Südamerika, Australien, Kanada), andererseits zu den halbkapitalistischen (wie China, Indien, Java) festzustellen. Das „Gefälle der Weltwirtschaft“ bewirkt Zuflüsse von Menschen und Kapitalien in die Neulandsgebiete. Schon damit sinkt dort je Kopf die Einfuhr von Gütern und Kapital. Sie sinkt aber noch aus einem andern Grunde. Denn bei Neukapitalismus ist der Binnenmarkt sehr klein. Je mehr sich nun hier Arbeitsteilung und binnenländische Produktion entwickeln, desto unabhängiger werden die Bewohner vom Ausland, und die Einfuhr je Kopf geht zurück. Ganz anders sind die Beziehungen zwischen Hoch- und Halbkapitalismus. Auch hier besteht ein gewaltiges Gefälle. Die Ausgleichstendenz aber beschränkt sich auf die Kapitalbewegung, und so beobachtet man auch in den halbkapitalistischen Gebieten eine wachsende Industrialisierung. Trotzdem wird sich die Verbrauchsgüterimport dieser Länder ganz anders gestalten als bei den neukapitalistischen Gebieten. Denn der Halbkapitalismus ist durch weitgehende Selbstversorgung und volkswirtschaftliche Autarkie gekennzeichnet, wie sie in ungewöhnlich niedrigen Außenhandelsumsätzen je Kopf zum Ausdruck kommt. Nimmt die Kapitalbesetzung zu, so erhöht sich in diesen Ländern hiermit auch der Lohnfonds. Die Lebenshaltung muß damit steigen. Es ist aber anzunehmen, daß mit wachsendem Konsum sich auch der Absatz europäischer und anderer ausländischer Verbrauchsgüter erhöht. Das alles gilt aber natürlich nur, soweit ökonomische Gesetzmäßigkeiten sich überhaupt durchsetzen können. Jedenfalls bestehen hier Entwicklungsmöglichkeiten, die stärkste Beachtung verdienen, wenngleich es wohl verfrüht wäre, den Satz zu prägen, daß die Zukunft des industriellen Exports Europas in dem ganz vorwiegend halbkapitalistischen Asien liegt.“

Die 22. Generalversammlung des Verbandes der Maler

Der Verband der Maler, Lackierer usw. hielt vom 22. bis 26. Juni in Breslau, im Gewerkschaftshaus, seine 22. Generalversammlung ab. An der Tagung nahmen neben dem Sekretär der Malerinternationale und zahlreichen Gästen des Auslandes auch Vertreter der deutschen Bruderorganisationen teil. Die Vorstandsberichte gaben inhaltreiche Aufschlüsse über den Stand des Gewerbes und der Organisation. Von 65 000 Betrieben insgesamt sind rund 36 000 Kleinbetriebe. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren dauernd gestiegen, sie betrug im Jahresdurchschnitt 1928 14,7 %, 1929 23,6 %, 1930 47,4 %, und im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres 67,6 %. Ausichten auf baldige Besserung sind nicht vorhanden. Sehr groß ist die Zahl der Lehrlinge im Malergewerbe, sie beträgt zur Zeit 45 000. Der Mitgliederbestand weist seit der letzten Generalversammlung eine Zunahme von 2000 auf, er beträgt rund 58 000. Davon sind 8223 Lehrlinge. Für Aufklärung und Bildung der Mitglieder ist sehr viel getan worden, ebenso für die Erziehung der Lehrlinge. Der Verband hat besondere Kurse für diese Zwecke veranstaltet. Die gegnerischen Organisationen im Malergewerbe sind nur von geringer Bedeutung; die kommunistischen Sonderbestrebungen haben zur Auflösung der Zahlstelle Saarbrücken und zum Ausschluß von etwa 50 Kollegen geführt. Der Klassenbestand ist trotz erheblicher Ausgaben für Erwerbstätigenunterstützung ein günstiger, er betrug Ende 1930 4,2 Millionen Mark. Das Fachorgan, „Der Maler“, ist in der letzten Zeit wesentlich ausgestaltet worden, ein Drittel seines Umfangs steht für Unterhaltung und Wissen zur Verfügung. „Malerjugend“ und „Fachblatt“ sind gleichfalls gut geleitet. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Vorstandes und der Schriftleitung allgemein anerkannt. Ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden Baz über die Lohn- und Tarifbewegung wurde mit Beifall aufgenommen. Alle Delegierten waren darin einig, daß ohne die starke Gegenwehr des Verbandes der Lohnabbau sehr viel größer geworden wäre. Gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer wurde entschieden protestiert und die Mitglieder aufgefordert, für die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen überall besorgt zu sein. In einem großzügig angelegten Referat behandelte das Vorstandsmittglied des NSGB, Willi Eggert, „Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft“. Ohne Aussprache

stimmte die Generalversammlung einer vom Referenten vorgelegten Entschliessung zu, in der gegen die Regierungsmaßnahmen, besonders aber gegen die Notverordnung vom 5. Juni 1931 scharfster Protest erhoben und eine fühlbare Senkung der Warenpreise, besonders der Preise für Lebensmittel, durch Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik sowie durch planmäßige Hochhaltung der Real-löhne und -Gehälter und durch eine scharfe Kontrolle der preissteigernden Monopol- und Kartellpolitik, und endlich durch die alsbaldige Abänderung der letzten Notverordnung im Sinne der sozialen Gerechtigkeit gefordert wird. Die Generalversammlung erklärte ihr volles Einverständnis mit den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitslosen. Besonders erhebt sie die Forderung nach Pflege und planmäßigem Ausbau der Wohnungswirtschaft. Sie erachtet den Vorstand des Verbandes, sich nach wie vor für diese Forderungen zum Wohle des Verbandes und der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen.

Die Unfall- und Gesundheitsgefahren im Malergewerbe behandelte Robert Sachs vom NDB. Die sehr ausgiebige Aussprache zeugte von einem starken Interesse der Delegierten besonders zu diesem Punkt. Die Beratung der Satzungen und der dazu gestellten Anträge nahm geraume Zeit in Anspruch. Wesentliche Änderungen wurden in Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage und die Lage im Malergewerbe nicht vorgenommen. Erwähnt sei nur, daß die Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung in allen Klassen um 5 % gekürzt wurden, dafür wurde die Bezugsdauer durchweg um 5 Tage verlängert. Anträge auf Herabsetzung der Beiträge wurden abgelehnt. Unter „Sonstige Anträge“ befanden sich auch einige auf Verschmelzung mit dem Baugewerksbund. Von dem Berichterstatter der Vorbereitungscommission wurden diese Anträge zur Ablehnung empfohlen. Es wurde dabei hingewiesen auf die letzte, im Jahre 1925 stattgefundene Abstimmung des Verbandes, an der sich nur 25 % der Mitgliedschaft überhaupt beteiligt hatten, wovon 3/4 sich gegen die Verschmelzung entschieden. Ohne Aussprache lehnte die Generalversammlung gegen nur 4 Stimmen alle Verschmelzungsanträge ab. Die Wahlen des Vorstandes und der Schriftleitung brachten nur insofern eine Veränderung, als für den wegen Alters auscheidenden bisherigen Schriftleiter Martin Mark, Kollege Peter Mehrens gewählt wurde. Infolge Krankheit tritt der Bezirksleiter Buch, Hamburg, von seinem Posten zurück. Der Vorsitzende Bas gedachte in anerkennenden Worten der Tätigkeit der auscheidenden Kollegen, von den Mark rund 35 Jahre und Buch mehr als 25 Jahre der Organisation gedient haben. In einer Schlussrede würdigte der Vorsitzende noch kurz die Arbeiten der Generalversammlung, die im ganzen einen prächtigen Verlauf genommen hat und Zeugnis ablegte von dem brüderlichen Geist, der im Malerverband herrscht. Dieser Geist bürgt dafür, daß der Malerverband auch künftighin seine Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Mitglieder erfüllen wird.

Hungerpakte und Weizenüberschüsse

Kürzlich hat in London eine Welt-Weizenkonferenz getagt, deren Ergebnisse ein Schlaglicht auf die zur Zeit herrschenden Verhältnisse werfen. Trotz tagelanger Bemühungen ist es nicht gelungen, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Man kam lediglich zu dem Beschluß, einen ständigen Ausschuss in London einzusetzen, in den jedes der auf der Konferenz vertretenen Weizenexportländer Delegierte entsendet. Der Ausschuss soll die gemachten Vorschläge weiterhin prüfen, und sobald ein greifbares Ergebnis in Aussicht steht, die Tagesordnung für eine neue Vollsitzung der Weizenkonferenz aufstellen. Dem Ausschuss sollen von den einzelnen Ländern Informationen über die Verladung von Weizen, die Anbauflächen und die Ernteausichten übermittelt werden, um die marktgerechte Verteilung der Weizenbestände zu erleichtern. Man kann zu dem Abschluß der Weizenkonferenz sagen: viel Geschrei und wenig Wille! Der gewöhnliche Sterbliche steht wiederum staunend vor der Tatsache, daß eine internationale Konferenz keine Uebereinstimmung darüber brachte, daß die kolossalen Ueberschüsse, die in den bestenden Lagerhäusern verfaulen, nicht den hungernden Völkern zugeleitet werden. Er wird denken: Warum in aller Welt können die Vorräte an unverkäuflichem Weizen, dem besten Rohstoff für das tägliche Brot, nicht für die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten oder zur Stillung von Hunger verwendet werden?

In der Vorgeschichte der großen französischen Revolution spielte der „Pact de famine“ eine große Rolle. Dieser Pakt war von der besitzenden Klasse unter der Regierung Ludwig XV. vereinbart worden und hatte den Zweck, Getreide aufzukaufen, es aufzustapeln, um künstlichen Mangel hervorzurufen und hohe Preise zu erzielen. Die französische Revolution hat mit derartigen Pakten gründlich aufgeräumt. Trotzdem seit der Zeit 150 Jahre verflossen sind, muß die Menschheit noch immer zahlreiche Hungerpakete über sich ergehen lassen. Räder der geplante Weizenpol zustande, dann würde der Weizenpreis derartig steigen, daß ein noch größeres Angebot bei noch stärkerem Mangel vorhanden wäre. Europa namentlich wäre dem Diktat dieses Weizenpols schusslos ausgeliefert. Dazu kommen noch die hohen Agrarzölle in jedem Verbraucherland. Das Lebensniveau der Menschheit wird also ständig eingengt und gedrosselt durch private oder staatliche Pakte. Von einem freien Austausch auf dem Weltmarkt sind wir also noch weit entfernt. Auf der einen Seite stehen Millionen, die sich kaum satt zu essen vermögen, und auf internationalen Kongressen sitzen tagelang Leute zusammen, die sich darüber die Köpfe zerbrechen, wie man den kolossalen Ueberschuss an Lebensmitteln loswerden könnte. Es wird kein Mittel gefunden, die Erstarrung der Weltwirtschaft zu beseitigen. Der ganze Erdball ist wie verzaubert. In den Industrieländern liegen die Fabriken still, und in den Agrarländern verfaulen Rohstoffe und Getreide mit dem Resultat, daß jene kein Getreide und keine Rohstoffe kaufen, weil die Fabriken ruhen und diese keine Industrieerzeugnisse abnehmen, weil sie ihre Getreideüberschüsse nicht loswerden. Wirklich eine verrückte Wirtschaft!

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 1. Quartal 1931.

a) Lokalkassen.	
Einnahmen.	
An Vermögensbestand vom 4. Quartal 1930	794 176,48 M
„ Lokalfondsbeiträgen	115 198,— „
„ sonstigen Einnahmen	116 950,54 „
Summa	1 026 325,02 M
Ausgaben.	
Für örtliche Aufwendungen insgesamt . . .	398 768,18 M
Vermögensbestände am Quartalschluß . . .	627 556,84 „
Summa	1 026 325,02 M
b) Zentralkasse.	
Einnahmen.	
An Vermögensbestand vom 4. Quartal 1930	5 481 061,34 M
„ Guthaben in diversen Zahlstellen	306 155,10 „
„ Zentralfondsbeiträgen	304 257,10 „
„ Extrabeiträgen (N. D.)	3 294,83 „
„ Büchergeldern	65,40 „
„ Zinsen	44 023,54 „
„ diversen Einnahmen	6 057,95 „
Summa	6 144 915,26 M
Ausgaben.	
Für Bauarbeiter-Internationale	2 363,85 M
„ Bildungszwecke	2 574,58 „
„ Erwerbslosenunterstützungen	750 080,20 „
„ Gemäßregelungenunterstützungen	426,20 „
„ Gewerkschaftsbundesbeiträge	7 945,05 „
„ Invalidenunterstützungen	51 940,— „
„ Konferenzen	27 353,33 „
„ Prozeß- und Rechtschutzunkosten	7 023,56 „
„ Reichsversicherung	2 825,60 „
„ Reiseunterstützungen	259,75 „
„ Statistiker	141,— „
„ Sterbefallunterstützungen	16 808,— „
„ Streiks- und Lohnbewegungen	118 856,41 „
„ Unterstützungs-Vereinigung	10 937,65 „
„ Verbandsliteratur	1 295,15 „
„ Verbandsorgane	50 209,60 „
„ verbranntes Werkzeug	573,— „
„ Verwaltung:	
a) zentrale	47 486,73 „
b) sachliche und allgemeine	40 090,23 „
„ Werbezwecke	59 207,63 „
Vermögensbestand am Quartalschluß . . .	4 839 917,23 M
Guthaben in diversen Zahlstellen	106 600,51 „
Summa	6 144 915,26 M

Mitgliederbewegung.

Im Laufe des Quartals gestaltete sich die Mitgliederbewegung wie folgt: Es wurden am Schlusse des Quartals in 933 Zahlstellen 102 234 Mitglieder gezählt, wovon 7898 Lehrlinge sind.

Adolf Römer, Kassierer.

S a m b u r g 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47. Vorstehenden Rechnungsabschluss geprüft und richtig befunden zu haben, bescheinigen hiermit: S a m b u r g, den 28. Juni 1931.

Josef Metzger, 2. Vorsitzender.

S a m b u r g 1, Gewerkschaftshaus. **Fritz Huber, Harburg a. d. Elbe, Marienstraße 78** **Ernst Kasemann, Hamburg 33, Heidhöfen 13, 1. Et.** Revisoren.

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurden in Köln Alfred Meyer (Verb.-Nr. 02 565) und Friedrich Schneider (64 839), in W e r b a u Otto Kürpe (23 687), in R a t h e n o w Herbert Kelz (109 608), in E i s e n a c h Adolf Orthey (12 702), August Gürtler (89 466) und Friedrich Schneider (013 715), in G o t h a Erich Panzer (541 632), Otto Eberhardt (27 157) und Kurt Fischer (013 065), und in B u n z l a u - S a y n a u Paul Ventrup (82 004) aus dem Verbandsausgeschlossen. **Der Zentralvorstand.**

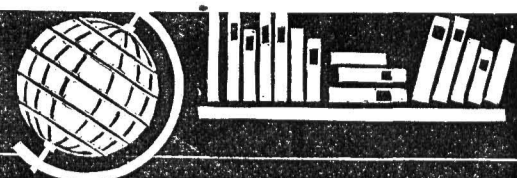
Berichte aus den Zahlstellen

Breslau. Die am 16. Juni stattgefundene Mitgliederversammlung ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Kameraden Schikade und Schmidt aus Kletten-dorf sowie des verstorbenen Bezirksleiters des Baugewerksbundes, Kollegen Köster. Alsdann berichtete Kamerad Gasche über den Abschluß des Bezirksstarifvertrages. In kurzen Zügen streifte Gasche alle vorausgegangenen Verhandlungen die zum Abschluß des Lohnstarifs vor sich gegangen sind. Es ist gewiß noch nie so hartnäckig und erbittert um Lohnverhandlungen gekämpft worden als bei diesem Abschluß in einer so schlechten wirtschaftlichen Lage. Die Unternehmer trugen Verschlechterungen über Verschlechterungen vor, einige mußten durch die schlechte Lage in Kauf genommen werden. Der Vollarbeiterlohn wurde früher vom 19. Lebensjahr an gezahlt, jetzt erst mit dem 20. und nur mit 95 %, vom 19. Lebensjahr an werden nur 80 % gezahlt. Bei Sonn- und Feiertags-sowie bei Wasser- und Karbolinemanstricharbeiten erfolgten in den prozentualen Zuschlägen Abstriche bis zu 5 %. Ein harter Kampf erfolgte um die Sätze der Lehrlingslöhne und den Zuschlägen wie sie für die Gesellen zu erfolgen haben. Hier konnte die Verschlechterung abgewehrt werden. Die alten Sätze bleiben für die

Lehrlingsbezahlung bestehen. Von der Auslösungsfrage bei auswärtigen Arbeiten wollten die Unternehmer nichts mehr wissen; sie betrug bisher drei Stunden. Die Unternehmer wollten nur für Unterkunft sorgen, für den Mehrbedarf an Kostgeld fanden sie kein Verständnis. Sie haben in Zukunft entweder für Unterkunft und Kostgeld zu sorgen oder die Auslösung von drei Stunden zu bezahlen. Das vorzeitige Bekanntgeben von einer Stunde bei Entlassungen war den Unternehmern auch nicht mehr genehm; sie wollten Feierabend geben wie es ihnen paßt und dem Zimmerer keine Gelegenheit geben, sein Werkzeug schleifen zu können. Dies wurde gleichfalls abgewehrt. Lauffstunden, Kilometergelder, Leitergerüststeller und Ueberstundenbezahlung haben gleichfalls Verschlechterungen erlitten. Trotz all dieser Verschlechterungen gaben sich die Unternehmer nicht damit zufrieden und wollten vor dem Haupttarifamt noch weitere Verschlechterungen buchen. Die schlechte wirtschaftliche Lage im Baugewerbe wollten die Unternehmer ausnutzen und die Arbeiterschaft noch mehr ausbeuten, die sie ohnedies schon genügend ausnutzen. Das Haupttarifamt hatte den Unternehmern nicht den Gefallen getan und die Verhandlungen am Tarifamt für endgültig und bindend erklärt. Die Aussprache, die darauf erfolgte, beschränkte sich auf nähere Aufklärung über nicht ganz verständliche Punkte, die vom Unternehmertum stets anders ausgelegt werden wie von uns. Kamerad Schmidt gab hierüber nähere Aufklärung und betonte, daß dieser Abschluß des Tarifvertrages infolge der vollständig daniederliegenden Wirtschaft und der großen Arbeitslosigkeit einer der schwierigsten war. Die Unternehmer haben von Anfang an alles versucht, den Reichstarifvertrag zu verschlechtern und die Punkte, die ihnen am unangenehmsten waren, aus dem Tarifvertrag auszumerzen. Die Lehrlings- und Ferienfrage waren ihnen die verhassten Punkte im Tarifvertrage. Bei sich bietender Gelegenheit werden wir kein Mittel unverfugt lassen, den Tarifvertrag wieder so herzustellen wie er war, ja, wir werden versuchen, ihn noch weiter zu verbessern. Unsere Kameraden sollen bedenken, daß es für uns von großer Wichtigkeit sei, daß wir bei dieser schlechten Wirtschaftslage den Tarifvertrag noch so abschließen konnten, wo Löhne und alle andern darin enthaltenen Punkte wieder gesichert seien. Ein wichtiger Punkt für die Kameraden ist dieser, daß für alle Forderungen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, innerhalb 14 Tagen der Anspruch zu erfolgen habe. Anschließend berichtete Kamerad Schmidt vom Bauarbeiter-schutzkongress. Hervorzuheben sei besonders, daß die Kameraden auf den Schutz ihrer Gesundheit und die Gefahren, die ihnen drohen, selbst mehr als bisher achten sollen und sich nicht erft von leitenden Personen oder Behörden darauf hinweisen lassen müssen. Durch die ständig wechselnde Arbeit im Baugewerbe ist die Unfall-gefahr bedeutend größer als bei weniger Wechsel in der Arbeit. Die Forderung, daß auch die Arbeiterschaft in den Berufsorganisationen mitwirken solle, wurde erneut zum Ausdruck gebracht. Gegen die Abschaffung der Bau-kontrollen aus Arbeiterkreisen wegen der finanziellen Mittel in den Gemeinden wurde scharf Stellung genommen. Das Recht, diese Personen aus unsern Kreisen zu nehmen, muß uns erhalten bleiben. Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Krankheitserscheinungen zu richten, die jetzt vielfach durch Anwendung chemischer Mittel auftreten und allmählich zu Berufskrankheiten werden. Die Kameraden können nicht genug ermahnt werden, auf alle Unfallgefahren, die ihnen drohen, zu achten; leider werden diese Ermahnungen wenig beachtet. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde das Verhalten des Kameraden Hermann Hoffmann, das er sich gegen die Kameraden auf der Baustelle in Bischofs-werda zuschulden kommen ließ, scharf gerügt. Auf Grund seiner schroffen Handlungsweise, die der Vorstand in seiner Sitzung schon rügte, und da Hoffmann den Mut nicht fand, sich nun in der Versammlung zu rechtfertigen, wurde der Ausschluß aus dem Verbands beantragt. Es fand noch eine Aussprache über die schlechten Arbeitsverhältnisse und den starken Zuspruch auswärtiger Kameraden statt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Oberneufkirch. Am 20. Juni feierte die Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen. Von 125 Mitgliedern hatten sich 100 mit ihren Angehörigen zu dieser Feier eingefunden. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden, besonders die Gründer sowie Jubilare der Zahlstelle begrüßt hatte, hielt der Gau-leiter, Kamerad Köhler, Dresden, die Festrede. Er wies auf die furchtbar schwere Zeit hin, in der wir uns gegenwärtig befinden, die nicht geeignet sei, Feste zu feiern; der Besuch beweise aber, daß trotz allem die Mitglieder auch in dieser schweren Zeit dem Rufe des Vorstandes Folge geleistet hätten. Nachdem der Redner die Entwicklung der Zahlstelle kurz gestreift hatte, ging er dazu über, die gegenwärtige Zeit mit ihrer Erwerbslosigkeit zu beleuchten, und betonte, daß vor allem durch die Entwicklung der Technik die Produktionssteigerung der Welt wesentlich zugenommen und deshalb 20 Millionen zur Zeit erwerbslos seien. Redner ging weiter darauf ein, daß die Unternehmer der gesamten Welt diese Zeit auszunutzen versuchen, um die Löhne wesentlich abzubauen. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, Einigkeit zu üben, um diesem schändlichen Treiben des Unternehmertums Einhalt zu bieten. Leider seien von radikaler Seite, rechts wie links, Kräfte am Werke, die die Arbeiterschaft verheizen, ohne daß sie in der Lage wären, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Die Arbeiterschaft müsse sich deshalb klar sein, treu zu ihrer Gewerkschaft zu halten und alle Zerpfitterungsversuche von sich zu weisen. Nachdem der Redner den Gründern der Zahlstelle für ihre Treue den Dank ausgesprochen, überreichte er zwei Jubilaren ein Diplom des Verbandes für 25jährige Treue. Dem Redner wurde für seine Ausführungen reicher Beifall zuteil. Ein gemütliches Sänzchen hielt die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden in kameradschaftlicher Weise zusammen. Hoffentlich trägt auch diese schlichte Feier dazu bei, die Stimmung unter den Mitgliedern trotz der furchtbaren Arbeitslosigkeit, unter der sie leiden, hochzuhalten, um die geschaffene Organisation auch über diese schwere Zeit hinwegzubringen.

UNTERHALTUNG WISSEN



Kirschen am Zimmerplatz

Die Kirschen sind reif. Die Späßen und die Kinder wissen das schon lange. Und auch die Zimmergesellen sehen die reifen Kirschen — in der Mittagspause, schnell 'nen halben Hut voll gepflückt, der Meister sieht das, aber er will's nicht sehen — das ist bei Zimmermeisters schon immer so üblich gewesen: die acht Kirschbäume am Zimmerplatz, die sind für die Gesellen und für die Lehrbuben da: daß sie sich mal defektieren, um so bessere Arbeit leisten sie nachher. Aber die andern Kirschbäume, die im Meistergarten, die vom Zimmerplatz durch einen alten wackeligen Zaun getrennt sind, die sind für die Herrschaft da — es wagt sich weder Geselle noch Lehrbub dran — die sind vom Besitz unheiligt. Einer ging aber doch dran, an die Herrentirschen, und der war der Schorsch, der stramme junge Zimmergeselle. Aber mit gutem Gewissen pflückte der Schorsch die Kirschen im Meistergarten, es half ihm sogar jemand dabei — nanu? Wer denn? Die Jungfer Gustel, des Meisters schönes Töchterlein. Ei, das ist interessant, erzählt doch mal. Ja, gleich. Aber erst wollen mer mal de Lage richtig spannen. Wir wollen uns hier mal 'n bißchen umgucken. Gut.

Das wichtigste vom ganzen Bild ist die Sonne. Wie ein großer goldener Knopf sitzt sie oben an der blauschwarzen Himmelsblase. Das nächstwichtigste vom Bilde ist die Arbeit — die Arbeit am Zimmerplatz. Kerle, wenn dir die Netze so blühend in der Sonne tanzen, dann macht selbst das Zuschauen Spaß. Die duftenden Tannenspäne faulen dir um die Ohren — Art, Schlag, Hieb, gib! Schönes lustiges Leben — die Arbeit gedeiht. Und die Dampfzüge im Schuppen — die schnurrt, wie 'ne ganze Sippenschaft wider Löwen, die blanken Stahlzähne beißen kreisend in den eichenen Stamm. Atme du tief auf — wahrhaftig, würzig, kräftig, gesund, der Duft des Eichenholzmarkes ist mir lieber als das feinste Pariser Parfüm. Eichenholz ist Waldesduft. Und Wald ist Schönheit und Freiheit. Der Sperber schreckt die Taube. Jaha, unser Zimmerplatz: Freude, Freude! In der Sonne funkeln die Kirschen: schwarze Kirschen und gelbrosige Glaskirschen. Jungens, zu Mittag — die Hüte ordentlich voll gemacht, Würstchenbrot und Kirschen — da is mir gesünderes auf der Welt. Du wolltest doch von der Gustel erzählen, von Zimmermeisters Töchterlein. Jawoll doch. Aber erst kommt der Schorsch dran. Schorsch ist kein Hiesiger — er ist zugereist, er arbeitet erst seit März bei Meisters. Aber Gewitter, das sieht doch aus, als ob der Schorsch sowas wie Vertrauensmann am Zimmerplatz sei —? Is er auch. Er hat das Maul auf dem rechten Fleck, in der Hand hat er den richtigen Griff, bei der Arbeit der erste Mann, beim Spaß aber der allererste. Und bei der Gustel? Ruhig, leise, nicht so laut. Der Schorsch is doch der Gustel ihr Schas. Soooo — drum geht er auch an die Gartentirschen. Ja, natürlich, wenn die Jungfer Gustel ihn doch gebeten hat, ihr beim Kirschenerten zu helfen. Und der Meister hatte gesagt, naja: helf ihr mal. Aber, wie alt sind sie denn? Gustel, siebzehn. Schorsch zweiundzwanzig. Holldiröh — die könnten ja bald heiraten? Wo du nicht hindenkst! Der Schorsch ist bitterarm, sein ganzer Besitz ist sein Berliner. Und Hirn und Herz des Schorsch, is das denn nix wert, und seine Arbeitskraft? Jajajaja — das läßt sich aber, so mir nix dir nix, nicht in bare Münze umsetzen. Ein armer Zimmergeselle und ein reiches Meister-töchterlein — das ist so ein Gegensatz, wie ein brauner Feuerstein und ein Klumpen Gold. Aber der Meister ist doch Sozialist, der hat doch vor dreißig Jahren als Zugereister selber ins Zimmergeschäft eingehiebert. Jaaa is woll allens wahr. Aber, aber — die Gustel hängt dem Schorsch dennoch zu hoch. Das stimmt schon gar nicht — der Schorsch hängt doch hoch im Kirschbaum, die Früchte sind ihm durchaus nicht zu sauer, Schorsch ist der Höhe, und die Gustel ist die Untere, allemal: wenn der Schorsch den Kirschenkorb voll hat, dann knüpft er ihn ans Seil — und läßt ihn abwärts schweben; Gustel, paß auf: er is wieder voll! Und Gustel leert die Kirschen in den großen Wäschekorb — und in das leere Körbchen legt sie schnell 'ne Handvoll Küsse: Schorschel, zieh auf, hoch das Körbchen! Teufel noch mal, der Schorsch kriegt 'nen Korb — und doch keinen Korb. Alle Sprachbegriffe haben sich hier umgedreht. Sicher. Und nun hat sich der Himmel sogar umgedreht — wo heute nachmittags die Sonne stand, da steht jetzt der Mond. Da steht der Mond? Der hängt ja, der Mond — und er is ja nur 'ne Sichel, 'ne blanke Silbersichel, am leicht-violetten Abendhimmel. Horche, nun singen die Gras-hüpfer. Der Zimmerplatz schläft, Säge, Netze und Gesellen sind stumm, nur am Mühlgraben plätschert die Welle — und in der Mühle drüben, da bollern die Steine, Korn gibt Brot!

Und der Mond wächst, Abend für Abend. Und die Liebe wächst. Heute ist Vollmond, heute ist Verlobung, unterm Kirschbaum haben sie sich das Versprechen gegeben, fürs ganze Leben, das Treugelöbniß: der Schorsch und die Gustel — und sie is erst siebzehn, und er is arm, und sie is reich. Himmel, Himmel, wie soll das enden? Das wissen die Liebenden selber nicht, wie das enden soll, aber sie wissen, was sie im Augenblick tun sollen — dies: sich gern haben! Hand in Hand unter den Bäumen sitzen, dem Liebe der Nacht lauschen, die mit silbernen Fingern auf der Mondharfe spielt — und sich treiben lassen, ein Schiff mit zwei dunkelroten Segeln, unter den Sternen fährt es dahin — das Liebeschiff der lauen Sommernacht. Tags Arbeit — abends Liebe. Und der Papa? Schaaa — der Papa. Einmal muß der Schorsch woll was sagen — der Paaapaaa?

Samstag. Meister — und dann wollte ich noch was fragen. Na? Ob —. Wie ob, ob mein Geschäft geht, na, nich recht, früher hab' ich zehn Gefellen beschäftigt — und heute nur noch sechs. — Meister, ich meine das so: Ob ich woll fähig wäre —. Ei gewiß, Kamerad, bist du fähig, bei der Arbeit, das haste doch gemerkt, daß ich dir Vertrauen entgegen bringe, und auch deine Arbeits-kameraden haben Vertrauen zu dir, Verband, Partei, alles ist bei dir in Schuß —. Meister, da is aber noch 'n anderer Schuß passiert, hier hier: hier hat 's getroffen —. Sooo, da, überm Herz, wo du deine Papiere und deine Brieftasche trägst, Schorsch, haste dein Geld verloren, dein Ersparthes? — Oh Meister, nein, da drinnen, da drinnen, tiefer, tiefer, da sitzt sie, im Herzen drin —. Wer, die Not? — Na, Meister, die Gustel!

Oh, du meine Güte — das, das, das kommt vom Kirschenpflücken. Ei, ihr zwei jungen Catermenter, das also ist der Erfolg der Mondscheinsetzungen im Kirschen-garten? — Meister, ich verantworte jedes meiner Worte und jede meiner Handlungen, Gustels Ehre ist rein, wie die meine —. Na, Junge, denn will ich dir 's mal sagen, ich war nicht blind, ich sah alles kommen und ließ alles gehen. Die Natur erfüllt sich, weiter nig. Die Geschlechter suchen einander, um der Fortsetzung der Art wegen. Ich gratuliere, ich segne euch — aber eine Bedingung: erst müßt du wandern, dahin, wo ich selber war, nach Konstantinopel! Dort wächst der Bart des Propheten, der Bart der Weisheit, lerne du — in jedem Lande wird anders gearbeitet, in jedem Lande wird die Zimmermannsart anders geschliffen und geschwungen, aber in einem gleicht sie sich überall: in der Freude und Treue am Werk! Freude und Treue am Werk und Freude am Menschen — das ist die alte neue Weisheit, das ist der Bart des Propheten — reiß du nach Konstantinopel — und bringe du mir einige Weisheitshaare aus dem türkischen Barte. Ich gebe dir drei Jahre Zeit — mit der Gustel habe ich längst geredet — sie weinte, sie lachte, sie jubelte, sie fiel mir um den Hals — sie dankte, ich segnete sie. Und hier, mein Sohn, sind deine Papiere, wandere und werde! Als Sozialist gehst du, und kommst du als Sozialist wieder zurück — dann wird die Gustel dein Weib. Du wiederholst dich in mir. — Und jetzt nimm Abschied, die Gustel ist drinnen in der Küche. Auch die Mutter wird dich segnen! Sei, hier pfeilt die Fledermaus. Und der Mühlbach rauscht Melodien — vom Wandern, Wandern Wandern! Mag Dortu.

Wir fahren um die Welt

Weiterfahrt nach Sumatra.

Noch einmal in Indischen Ozean. Fünf Tage. Immer näher dem Äquator zu. Wieder bestimmt das Vorleben den äußeren Ablauf eines Tages. Er ist von der Regelmäßigkeit und Eintönigkeit eines Uhrwerkes. Ich empfinde keine Langeweile wie die meisten Passagiere, die beim Frühstück schon an das Mittagessen und am Mittag schon an Kaffee und Abendessen denken. Die Arbeit hält mich wach; der Einzeltag geht rasch, allzu schnell vorüber. Aber alle zusammengenommen seit der Abreise, sie scheinen oft lang wie ein Jahr. Und wieder fühle ich, wie bei früheren Reisen schon, das Zeitbewußtsein geht verloren auf See. Der Kalender — hier ist er eine leblose Sache. Nur am Mondwechsel merkt man, wie die Zeit rinnt. In der Stadt, im Trost der regelmäßigen Pflicht, da ist der Kalender von der gleichen Wichtigkeit wie die Uhr. Hier aber: unwichtig, ob Dienstag oder Sonnabend; man erlebt einen Tagesablauf nach dem Stand der Sonne und damit basta.

Dann tauchte eines Tages, es war schon gegen Abend, Pulu-Weh auf: die erste Insel, zu Niederländisch-Indien gehörend. Wir sahen einen dünnen blauen Strich, gerade voraus. Er hob sich rasch aus dem Meer, ward größer, wuchs zum Berg. Wir liefen sechzehn Meilen die Stunde, alle Kessel waren seit dem Vormittag in Betrieb: es war herrlich! Ich war lange oben auf der Brücke; der „Zweite“ hatte Wache, und wir redeten nicht viel. Ich sah nur das Meer, blaugrün und unendlich und einen Himmel von Horizont zu Horizont. Später kam der Kapitän aus dem Kartenzhaus, die Sonne wurde „geschossen“ und Stand und Fahrt des Schiffes errechnet. Als die Mathematik und die nautischen Feinheiten zu Ende waren, nahm er mich mit in seine Kabine, und wir hatten einen netten Schwatz bei einem nicht minder netten Drink. Dann gingen wir hinunter zum Mittagessen.

Es war schon Nacht, als wir in die Straße von Malakka einliefen. Leuchfeuer warfen ihre Sekundenblitze drüber hin, aber stärker waren die wirklichen Blitze eines Gewitters, das über den Bergen Sumatras hing. Blitze zuckten gleich feurigen Fahnen durch die Nacht, und der Himmel zog sich rasch zu.

Die Nacht über legte ein Regen nieder, stürzend, stäubend, wild wie nur in den Tropen. Blitze rissen für Sekunden das Dunkel auseinander. Wenn ich aus dem leichten Schlaf erwachte, war die kleine Kabine hell in blauem Licht — für einen raschen Augenblick. Und ich lautete, und wenn der weithin rollende, frachende Donner verstummte, war es, als führe das Schiff unter Wasser. Am Morgen aber, da stand die aufgehende Sonne zwischen zerklüfteten Wolken: purpur, weiß und blau. . . Das Gewitter der Nacht, fast schon wie eine ferne Erinnerung. So rasch wechselte Landschaft und Stimmung. Wenige Stunden später fuhren wir entlang der Nord- und Ostküste Sumatras. Da waren pappelartige Bäume und wild wuchernde Mangroven. Paradies der Moskitoen. Dahinter beginnt der Urwald, der große, unberührte Urwald: darin haufen Affen, Tiger und wilde Elefanten. Am flachen Ufer sahen wir winzige Dörfer. Ein Fischer

im Sapang — dem Einbaumboot —, das mit seinem Schnabel an Wikingerschiffe erinnert, kam ganz dicht bei.

Die Schwüle ist marternnd drückend. Nur noch fünf Grad sind wir über dem Äquator. Wir machen noch immer äußerste Fahrt, aber es geht schon langsamer: die Strömung ist gegen und stark.

Ein gefährlicher Hafen.

Die Sonne ging schon unter, als wir endlich am Pier in Belawan fest lagen. Belawan, das ist einer jener Hafenplätze — nicht Hafenstädte —, die rasch angelegt werden nur um des Verdienens willen. Die ganze Trostlosigkeit einer wilden, zwangsmäßigen Zurechtshusterei ist hier lebendig: Wellblechschuppen, Eisenbahngleise, ein einsamer Kran, eine flüchtig angelegte Autostraße, Holzbuben, darin Chinesen ihre Krämerläden haben. Nichts von der Ruhe, dem natürlichen Wachstum eines organisch gewordenen Hafenplatzes. Gut genug, als Exporthafen für ein Hinterland, das von Tabak, Gummi und Zuckerrohr lebt.

Aus den Mangrovensümpfen, die den Hafen dicht umschließen, steigen jeden Abend Scharen von Moskitoen auf. Kein Europäer bleibt hier unten. Man holt sich nicht mutwillig die Malaria. Belawan, da kann man mehr bekommen, gleich eine Serie von Tropenkrankheiten, gegen die kein Chinin hilft. Soll ich die Nacht über hier an Bord bleiben? Erst morgen früh nach Medan fahren? Nein, ich habe genug von Bord und überdies ist hier nichts zu sehen, nichts zu erfahren. Ich sparte zwar einige Gulden. Gleichgültig. Sparen wir ein andermal.

Der Sundanese verlangt für seinen ramponierten Tarikarren einen verrückten Preis. Ich weiß, reden hilft nicht, nur handeln. Kehre um, als wollte ich zurück an Bord. Er rennt mir nach und verlangt schon drei Gulden weniger. Da biete ich frech ein Drittel des Verlangten. Er willigt ein. (Meine siebzig Brocken Malaisisch machen sich bezahlt.)

Landeinwärts.

Hinter Belawan, da sind zu beiden Seiten der Straße die Sümpfe. Ein fauliger, widerlich dumpfer Geruch steigt auf. Er ist furchtbar, fast wie Chloroform in der Wirkung. Die da wohnen, sie scheinen es nicht mehr zu merken; aber dir, der du aus der reinen Luft der Meere kommst, dir verschlägt es schier den Atem.

Es geht über eine Brücke, darunter fließt trög das Wasser des Deli-Flusses. Schwarz fließt es dahin, Pest ausatmend. Jenseits aus dem Dunkeln kommt das widerliche Grunzgeräusch von Krokodilen. Ich lasse halten, und im Scheinwerferlicht — sternlose Nacht, fern grollt ein Gewitter — sind die Umrisse der schlanken Kokos- und der niedrigen Rippapalme zu sehen. Fahl schimmern die breiten, von Regen und Wind zerfetzten Blätter der Bananenbäume. Schauerlich ragen die phantastischen Wurzelgebilde sich ineinander verschlingender Bäume.

Und weiter geht es; Dorf folgt auf Dorf. Aber die Straße weht der herbstliche Geruch heißer Kokosöl. Denn die Speiserestaurants der Eingeborenen sind am Straßenrand, traurig erhellte von einer Delfunzel. Überall wird noch gearbeitet: Chinesen an der Nähmaschine, an einer primitiven Hobelbank, als Friseur und Köche. Aber die der Fahrstraße zugekehrte Seite, das ist nur die Fassade. Fünf Schritte abseits, und der Sumpf beginnt. Bis auch da die Wege aufhören und du nur von Wurzel zu Wurzel hüpfst. Hier leben Menschen. Sie haben ihre jämmerlichen Hütten auf Pfählen gebaut. Und darunter steigt und fällt — nach dem Gefes von Ebbe und Flut — das Wasser des Belawan-Hafens.

Das Wasser: fließt es ab, bleibt brauner Schlamm, überflutet von Unrat, überzittert von giftigem Atem, überschwirrt von Moskitoen und anderm Geter. Das ist die Heimat, die Brutstätte für Malaria, für Gelbes Fieber — es hält den Rekord —, Cholera und Typhus. Die Regierung Niederländisch-Indiens tut in hygienischer Hinsicht ihr möglichstes; schließlich kann sie nicht jedem Chinesen und Eingeborenen ein Klosett mit Wasserpflung liefern. (Europäische Maßstäbe anzuwenden, ist sinnlos. Jeder Bergleisch wäre schief.)

Kurt Offenburger.

Mobilisierung der Gehirne

Erfindungen und Entdeckungen wurden in dem letzten Jahrzehnt eine Unmenge gemacht. Der Hochstand der Technik ist das Ergebnis dieser emsigen Forscherarbeit. Doch immer mehr werden die menschlichen Gehirne mobilisiert, um neue Erfindungen den alten hinzuzufügen. Nach der neuesten Statistik des Reichspatentamtes sind im Jahre 1930 78 400 Patentanmeldungen erfolgt. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 5652 zu verzeichnen. Von Jahr zu Jahr fand eine Steigerung statt. Von 1924 bis 1930 ist eine Zunahme von 22 000, und zwar von 56 800 auf 78 400 zu verzeichnen. Ähnlich stark ist die Zunahme der Gebrauchsmusteranmeldungen. 1924 wurden 53 900, 1929 67 300 und 1930 76 200 Gebrauchsmuster angemeldet. Hiervon wurden 50 200 in die Gebrauchsmusterrolle eingetragen. Von den im Jahre 1930 erfolgten 78 400 Patentanmeldungen wurden 76 700 als wertvoll genug erachtet, um die Patenterteilung vorzunehmen. Gegenüber 1929 ist eine Zunahme von 6535 Patenterteilungen zu verzeichnen. Wie viele Menschen geben sich harter Geistesarbeit hin, um das Leben zu bereichern und die Arbeit ergiebiger zu machen. Ein lobenswertes Tun! Doch wenn die Menschheit nicht bereichert, sondern nur Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet werden, dann gereicht diese Erfindertätigkeit nicht zum Segen.

Baugewerbliches

Erfolge des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaues

Der gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau hat in Deutschland einen großen Umfang angenommen. Am erfolgreichsten in ihren Arbeiten dürfte die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsbau-Gesellschaft „Gehag“ (Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Bau-V.G.) sein. Sie kann für das Jahr 1930 über ein Referatergebnis berichten. Rund 4000 Gehag-Wohnungen sind in diesem Jahr fertiggestellt oder waren im Bau. Darunter die Wohnstadt Karl Legien mit 1145 Wohnungen und der Alfa-Hof, Treptow, mit 862 Wohnungen. In den 6 1/2 Jahren ihres Bestehens hat die Gehag insgesamt rund 8500 Wohnungen, darunter 2450 Einfamilienhäuser, errichtet. Das Aktientkapital der Gehag in Höhe von 1 Million Mark befindet sich zum überwiegenden Teil in den Händen der Gewerkschaften. Der Rest ist auf andere Institute, die der Arbeiterbewegung nahe stehen, verteilt. Bei der heutigen schlechten Lage am Baumarkt wird sich der bisherige Aufstiege der Gehag nicht fortsetzen. Jetzt könnte billiger gebaut werden, aber es fehlt an den nötigen Mitteln. Die Gehag hat sich unter dem Zwang der Verhältnisse entschlossen, im Interesse einer Verjüngung der werktätigen Bevölkerung Berlins mit preiswerten Neubauwohnungen, deren Erstellung durch die starken Preisstütze am Baumarkt ermöglicht wird, mitzuwirken. Die ungeheure Kürzung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau gestattet jedoch nur noch den Bau so weniger Kleinwohnungen, daß die außerordentlich günstige Preislage am Baumarkt im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung nicht ausgenutzt werden kann. Dadurch wird auch die Entwicklung der Gehag ungünstig beeinflusst. Es ist bedauerlich, daß ein solch erfolgreiches und wahrhaft gemeinnütziges Unternehmen in seinem Wachstum unterbrochen wird.

Gewerblichliches

Schaffung von Lehrlingsordnungen

In der am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat abgehaltenen Ausschusssitzung des DGB, über die wir im letzten „Zimmerer“ schon berichteten, hielt Kollege Schlimme einen instruktiven Vortrag über die Schaffung von Lehrlingsordnungen. Zu dieser Frage, die für Lehrlinge und Gewerkschaften gleich wichtig ist, wurde vom Referenten unter anderem folgendes zum Ausdruck gebracht: Etwa 1 Million Lehrlinge befinden sich in der Ausbildung, davon etwa 750 000 bei Handwerksmeistern. Das Lehrverhältnis, das von vielen Innungsmeistern noch als reines Erziehungsverhältnis verteidigt wird, ist in Wirklichkeit Ausbildung- und Arbeitsverhältnis. Seitdem die Gewerkschaften gesetzlich auch im Handwerk anerkannt sind, haben sie versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Lehrlinge trotz heftiger Gegenwehr tarifvertraglich zu regeln. Das Reichsarbeitsgericht hat in ständiger Rechtsprechung bestätigt, daß das Lehrverhältnis Arbeitsverhältnis ist und durch Tarifvertrag geregelt werden darf. Einzelne Gewerkschaften haben ungeheure Opfer für die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens in den letzten Jahren gebracht. Wo das trotzdem nicht gelungen ist, geht das Bestreben auf Schaffung von Lehrlingsordnungen, die zwischen Gewerkschaften und Innungsverbänden teilweise unter Mitwirkung des Handwerks- und Gewerbetagungsabkommens abgeschlossen wurden. Im Buchdruckgewerbe hat der Buchdruckerverband, gestützt auf den Reichstarifvertrag in einer besonderen Lehrlingsordnung folgende Gebiete geregelt: Eignungsprüfung, Lehrvertrag, Höchstzahl der Lehrlinge, Lehrzeit, Kostgeld, Urlaub, Zwischenprüfungen, Mitwirkung an Fachschulen und anderes. Wo die Macht der Gewerkschaften noch nicht hinreicht, dort entscheiden über alle diese Gebiete, gemäß Reichsgewerbeordnung, die Innungen und Handwerkskammern unter Mitwirkung der Gesellenvertretungen allein. Wo in Ermangelung von Tarifverträgen in Lehrlingsordnungen neben den Ausbildungsvorschriften auch soziale Bestimmungen vereinbart werden, da entsteht die Gefahr, daß ohne genügende Mitwirkung der Gewerkschaften die Innungen oder die dafür zuständigen Ausschüsse entscheiden und die Bestimmungen der Lehrlingsordnung im einseitigen Interesse der Lehrherren anwenden. Deshalb verdient die tarifliche Regelung der sozialen Bestimmungen den Vorzug. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob in Rücksicht auf das in Aussicht stehende Berufsausbildungsgesetz die Gewerkschaften auf die Schaffung von Lehrlingsordnungen überhaupt verzichten sollten.

Die Gewerkschaften legen außerordentlichen Wert auf eine gute und systematische Ausbildung; sie tragen durch technische und berufliche Veranstaltungen und durch Herausgabe technischer Zeitschriften wesentlich dazu bei. Die schnell fortschreitende Technik, die verbesserten Arbeitsverfahren, stellen ohnehin an das berufliche Können wachsende Ansprüche.

Eine Umfrage hat ergeben, daß die Meinungen der Verbände über Inhalt und Abschluß von Lehrlingsordnungen geteilt sind. Dazu herrscht im Ausbildungswesen der Lehrlinge die größte Zersplitterung, die noch verschärft wird durch ungleiche gesetzliche Behandlung der Gesellenprüfungen durch Innungen, Handwerkskammern und Handelskammern. Vom Berufsausbildungsgesetz wird erwartet, daß es eine völlige gesetzliche Neuordnung in der beruflichen Ausbildung bringt. Die Innungen haben das Monopol im gesamten Lehrlingswesen durch die Gewerbeordnung gesichert. Den Gewerkschaften bleibt die Möglichkeit der Mitwirkung bei der Neuwahl der Gesellenvertretungen, auf die sie seither vielfach nicht genügend Wert legten. Künftighin muß die Zusammenfassung und Schulung der Gesellenausschussmitglieder als wichtige Aufgabe der Gewerkschaften betrachtet werden.

Schleicher (Holzarbeiterverband) vertritt die Auffassung, daß alle sozialen Bestimmungen für die Lehrlinge durch die Gewerkschaften in Tarifverträgen geregelt werden müßten. Daneben sollten, gestützt auf solche Verträge, Lehrlingsordnungen vereinbart werden, in denen das Ausbildungswesen gemeinsam geregelt wird. Das Vorgehen einzelner Gewerkschaften, die in Lehrlingsordnungen tarifliche Bestimmungen vereinbart haben, auf deren Durchführung sie zumeist nur geringen Einfluß hätten, sei unvereinbar mit den tarifpolitischen Grundätzen der Gewerkschaften. Rechtskraft erhält eine vereinbarte Lehrlingsordnung nur, wenn sie vom Ministerium genehmigt und von jeder einzelnen Handwerkskammer erlassen wird. Die Durchführung der Lehrlingsordnung wird besonderen Fachauschüssen übertragen, obwohl daneben die gesetzlichen Prüfungsausschüsse der Innungen und Handwerkskammern bestehen. Den Vorsitz führt in der Regel ein Beauftragter der Innung, so daß die Parität in Wirklichkeit nicht besteht.

Zur weiteren Klärung der aufgeworfenen Streit- und Zweifelsfragen wurde vom Bundesausschuß beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit den interessierten Gewerkschaften weiter zu verhandeln und über das Ergebnis der Beratungen in der kommenden Bundesausschusssitzung Bericht zu erstatten.

Sitzverlegung der IGZ.

Die offizielle Ueberfiedelung des IGZ-Büros von Amsterdam nach Berlin erfolgt am 1. Juli. Die neue Adresse ist von nun an folgende: Internationaler Gewerkschaftsbund, Berlin SO 16, Cöpenicker Straße 113. Telephon: Jannowitz 1150. Hoffentlich fühlen sich die Angestellten des Büros in den neuen Räumen wohl. Einige innere Ueberwindung wird das wohl kosten, weil die Lage des neuen Berliner Büros nicht sonderlich glücklich gewählt ist.

Der Verbandstag der Maschinisten und Heizer

Mitte Juni fand im Dresdner Volkshaus die 17. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer statt. Sie war von 66 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht. Vom Bundesvorstand des DGB, war der Kollege Eggert anwesend. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Verbandsvorsitzende Klebe erläuterte, ging hervor, daß der Maschinistenverband wie andere Gewerkschaften unter dem Niedergang der Konjunktur zu leiden hatte. Nicht geringe Leistungen für soziale Unterstützungen waren notwendig. An Arbeitslosenunterstützung allein wurden im vergangenen Jahre 407 072 M. ausgegeben. Trotz der wirtschaftlichen Erschütterungen blieb die Mitgliederzahl stabil. Gegen 1924 ist eine Steigerung der Mitgliederzahl von rund 20 % zu verzeichnen. Die vor einigen Jahren geschaffene Maschinisten-Internationale hat die Berufskollegen von Deutschland, England, Dänemark, Österreich und der Tschechoslowakei zusammengeschlossen. Die Erfolge des Verbandes kamen besonders in dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck. In der Berichtsperiode konnte die durchschnittliche Arbeitszeit je Mitglied und Woche um 12 Stunden herabgesetzt werden. Die Löhne der Berufskollegen stiegen von 90,9 % im Jahre 1927 auf 111,4 % im Jahre 1930. Nach einer lebhaften Aussprache über den Geschäftsbericht wurden einige Entschlüsse gefasst. In der einen wird die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1930 gefordert. Die zweite Entschlußfassung fordert die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche. Ferner wird der Verbandsvorstand beauftragt, in der stromerzeugenden Industrie die sechs Stunden-Schicht zur Einführung zu bringen, weil die dreigeteilte Schicht den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Eine dritte Entschlußfassung verpflichtet alle voll arbeitenden Kollegen zur finanziellen Solidarität, um die Not der arbeitslosen Verbandskollegen zu lindern. Es wurde ein neues Verbandsstatut geschaffen, das die wesentlichen Bestimmungen des bisher gültigen aufrecht erhält und die Unterstützungsleistungen unverändert läßt. Der Verbandstag der Maschinisten ließ eine seltene Einmütigkeit in allen Fragen erkennen. Dies zeigte sich besonders zum Schluß bei den Wahlen zum Verbandsvorstand. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Klebe, wurde einstimmig und die übrigen Vorstandsmitglieder wurden gegen wenige Stimmen wiedergewählt. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Maschinisten und Heizer nach wie vor an ihrer Berufsorganisation festhalten möchten. Es sei denn, es würde eine Organisationsform gefunden, die eine bessere Vertretung der Interessen der Mitglieder ermöglicht.

Genossenschaftsbewegung

Internationaler genossenschaftlicher Fest- und Werbetag

Am ersten Sonnabend im Juli begehen die im Internationalen Genossenschaftsbund zusammengeschlossenen Verbrauchervereinigungen von 42 Ländern den neunten Internationalen Genossenschaftstag, an dem wie alljährlich die Konsumgenossenschaftler in der ganzen Welt einmütiges Bekenntnis zu der segensreichen, erdumspannenden Idee konsumgenossenschaftlicher Gemeinnützigkeit ablegen werden. Ueberall, wo Konsumgenossenschaften ihre Tätigkeit zum Segen der minderbemittelten Verbraucher entfalten, wird am 4. Juli 1931 der Internationale Genossenschaftstag als ein Fest- und Werbetag gefeiert werden. Das starke Band, das ungeachtet aller nationalen Grenzen die Verbraucher mit ihren überall gleichgerichteten Interessen und Wünschen zusammenhält, wird an diesem Tag aller Welt sichtbar. Es wird davon zeugen, daß es fern von den politischen Tageskämpfen zwischen den Nationen Kräfte gibt, die in stiller Arbeit Ketten internationaler Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit schmieden in der Hoffnung, mit ihnen allen Stürmen zu trotzen, die das so geschaffene Gebäude internationaler Verständigung, Hilfsbereitschaft und Liebe

zerstören wollen. Der Genossenschaftsgebäude ist so weit und umfassend wie die Welt; er entspricht der Lebensauffassung aller Völker und Nationen und schafft so eine kraftvolle Einheit menschlichen Wollens und Strebens.

Unser deutsches Volk leidet heute unter einer schweren Not, die niemand verschont; aber diese Not ist nicht allein unsere Not, sie ist die Not der ganzen Welt. Die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch internationale Verständigung ihre Lage bessern kann, die heute überall zu dümmern beginnt, ist schon seit langem Allgemeingut der im Internationalen Genossenschaftsbund zusammengeschlossenen Verbraucher. Diese haben erkannt, daß nur ein verständnisvolles Zusammenwirken der Genossenschaftler in der ganzen Welt eine dauernde und bessere Wirtschaftsordnung aufzubauen vermag, daß nur die internationale Zusammenarbeit die Ueberwindung des Kapitalismus und seiner Schwächen und Nöte ermöglichen wird. In diesem Sinne tauschen die Genossenschaftler aller Länder am 4. Juli brüderliche Wünsche und Grüße aus.

Wenn die Verwaltungen der Konsumvereine ihre Mitglieder und Freunde demnächst auffordern, den neunten Internationalen Genossenschaftstag festlich zu begehen, dann werden alle diejenigen an den Versammlungen, Ausstellungen und Auszügen teilnehmen, die auf dem Wege internationaler Freundschaftsarbeit zu dem Bau einer besseren und gerechteren Wirtschaftsordnung beitragen wollen. Der Konsumgenossenschaftsbewegung aber, die diesem hohen Ideal in zäher Arbeit und einer dornenvollen Aufwärtsentwicklung dient, werden an diesem Tage neue Bekenner zugeführt werden.

Wirtschaftspolitisches

Das Problem der Handelspanne

Die Forschungsstelle für den Handel, Berlin, veröffentlicht eine lehrreiche Schrift über die Handelspanne. Professor Julius Hirsch weist in dieser Schrift nach, daß bei großen Schwankungen die Handelspanne bei Lebensmitteln im Einzelhandel von 20 %, im Großhandel von etwa 10 bis 12 % beträgt. Bei Bekleidung beträgt die Handelspanne etwa 25 bis 40 % im Einzelhandel und 14 bis 17 % im Großhandel. Gegenüber der Vorkriegszeit haben sich die Kosten der Handelsbetriebe meist erheblich erhöht. Es wird eine Uebereinstimmung der Handelspanne mit den durchschnittlichen Kosten der Handelsbetriebe festgestellt. Die gefamte Handelspanne wird für den deutschen Einzelhandel bei einem Umsatz von etwa 35 Milliarden Mark auf 8 bis 9 Milliarden Mark, für den Großhandel bei einem Umsatz von 50 Milliarden Mark auf etwa 3 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Die Handelspanne beträgt beispielsweise bei gutem Kaffee 33 % vom Endverkaufspreis, bei Butter etwa 17,5 %, bei Kartoffeln 49 % des Erzeugerpreises usw. Bei den Markenartikeln ergeben sich folgende Handelspannen: Mehl 10 bis 13 %, Raffinade 13 %, Seife 20 %, Markenschuhe 18 bis 30 %, Rasierklingen 26 bis 48 %, kosmetische Artikel 33 bis 50 %, und bei technische Artikel 33 bis 40 %. Das sind Handelspannen, die teilweise weit über das erträgliche Maß hinausgehen. Ueberwiegend ist die Uebereinstimmung der Handelspanne und Handelskosten in den verschiedenen Ländern. Bei Kolonialwaren schwankt die Handelspanne im Einzelhandel in Deutschland, England, der Schweiz, Ungarn, Frankreich und den Vereinigten Staaten durchschnittlich zwischen 16 und 18 % vom Verkaufspreis. Nach Ansicht von Professor Hirsch lassen sich starke Kostenentfaltungen in allen Handelsbetrieben durch Vermeidung des Leerlaufs erzielen. So unter anderem durch planmäßige Verteilung der Lohn- und sonstigen Zahlungstermine, Vermeidung der toten Kosten, der Konkurrenz usw. Durch Gemeinschaftsarbeit zwischen Handel, Industrie, Landwirtschaft und Verbrauchern sind Kostenentfaltungen durch Verringerung der Lagerhaltung möglich. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Handelspannen teilweise sehr wesentlich gestiegen. Bei Salz zum Beispiel im Durchschnitt von 8 auf 55 %, bei lebenden Fischen von 15 auf 27 %, bei Obst und Gemüse von 20 bis 30 auf 20 bis 40 %, bei Kartoffeln von 17 auf 20 % usw. Nach unserer Meinung müßte es möglich sein, die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem letzten Verbraucherpreis zu senken. Eine Erhöhung des Reallohns wäre auf diese Weise bestimmt möglich.

Ein Handbuch für Politik und Verwaltung

Die Tatsacheninformation der Nachkriegsentwicklung war bisher sehr erschwert, da ein geschlossenes, zuverlässiges Material nicht allgemein verfügbar war. Einzelne Informationsquellen lagen zwar in einer sehr verteilten Literatur und den periodischen Publikationen sowie in den verschiedensten Archiven. Der praktische Zustand war aber der, daß, wenn man im Augenblick ein bestimmtes zuverlässiges Material gebraucht, es dann nur zeitraubend oder überhaupt nicht aufzutreiben war. Aus diesem Grunde verdient die Arbeit von Cuno Horfenbach, „Das Deutsche Reich von 1918 bis heute“, besondere Beachtung. Es ist ein Nachschlagewerk und will, wie es der Verfasser eingangs sagt, nichts anderes sein, und — trotzdem ist es mehr. Die Fülle des sorgsam zusammengetragenen Materialstoffes, der Aufbau und die Gliederung des Ganzen, die Verbindung der geschichtlichen Entwicklung auf Grund der Einzelereignisse mit dem großen Gefüge der Parlamente, Regierungen und Verwaltungen machen das Werk zu einem staatspolitischen Kompendium. Hier ist die wertvolle Seite, die den Einblick gewährt in das reale Geschehen, in das Werden und Leben des Staates. Diese Seite macht das Werk für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit wertvoll. Aber alles keine langatmige, langweilige Darstellung, sondern Telegrammstil — kurz, sachlich, objektiv und nachschlagemäßig erfährt. Ein unentbehrliches Handbuch für alle, die verantwortlich im öffentlichen Leben stehen.

Im chronologischen Teil werden die Vorgänge der letzten zwölf Jahre, in einzelne Jahresabschnitte eingeteilt, kurz aufgezeichnet; dann folgen: Die politische und Ver-

waltungsstruktur des Reiches — Der Reichspräsident, mit genauen Aufzeichnungen der einzelnen Vorgänge, Wahlen, Reichspräsidentenbüro usw. — Die Parlamente — Nationalversammlung und alle fünf Reichstage nach Parteien, Wahlkreisen und Fraktionen ausführlich und übersichtlich angeordnet — Reichsrat — Reichswirtschaftsrat — Staatsgerichtshof — Die einzelnen Reichskabinette nach dem Amtszweig — Die Reichsministerien mit den Ressorts und der genauen Aufzeichnung der wechselnden Minister in den letzten zwölf Jahren — Die angegliederten und nachgeordneten Stellen der Ministerien — Die selbstständigen Institute des Reiches: Reichsbank, Reichsbahn usw. — Die öffentlichen Körperschaften und Berufsverbände — Die Gebietseinteilung und Statistik des Reiches — Die einzelnen Länder mit Angaben über Fläche, Bevölkerung, Verfassung, Parlament, Regierung und Aufzeichnung der Ministerien — Ein umfangreiches, übersichtliches statistisches Material, teilweise mit interessanten internationalen Vergleichszahlen über die verschiedensten Berichtsbereiche — Ein äußerst praktischer biographischer Teil von führenden Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung des Reiches — Kurze persönliche Angaben und Entwicklungsgang von rund 1700 Persönlichkeiten. Den Schluß bildet der Teil „Politische Parteien“ und „Organisationen der Presse und des Schrifttums“ mit erschöpfenden Angaben und übersichtlicher Gliederung, ein ausführliches Sach- und Personenregister und Spezialregister zum Versailler Vertrag, zur Reichsverfassung und zum Youngplan.

Wertvoll ist es, daß die große Materialsülle mit Statistiken auf zirka 900 Seiten zusammengefaßt und in einem Bande vorliegt. Dieser Ganzleinenband kostet nur 15 M., in Anbetracht des Gebotenen ein sehr billiger Preis. Trotzdem ist es der Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gelungen, in Anbetracht des außerordentlich wertvollen Inhalts des Buches mit dem Originalverleger eine Organisationsausgabe zu vereinbaren, die zum Preise von 11 M. an die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen abgegeben wird.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Keine Wartezeit für auf Wanderschaft ohne Wanderschein befindliche Arbeitslose

Nach den Vorschriften des § 169 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kann männlichen unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die eine Lehrzeit beendet haben, auf Antrag vom Vorsitzenden des Arbeitsamts ein Wanderschein ausgestellt werden. Die Ausstellung des Wanderscheins hängt davon ab, ob das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint.

Ein Arbeitsloser hatte einen diesbezüglichen Antrag auf Ausstellung eines Wanderscheins gemäß der oben angeführten Vorschriften beim Vorsitzenden des Arbeitsamts beantragt. Leider hat der Vorsitzende des Arbeitsamts den Antrag abgelehnt. Der Arbeitslose meldete sich daraufhin beim Arbeitsamt ab und begab sich ohne Wanderschein für eine Zeit von weniger als 6 Wochen auf Wanderschaft. Nach seiner Rückkehr beantragte er die Fortzahlung der ihm zustehenden Arbeitslosenunterstützung. Diese wurde auch vom Vorsitzenden des Arbeitsamts unter Ansetzung einer Wartezeit von 7 Tagen bewilligt. Der Arbeitslose glaubte, durch die Auserlegung der sieben-tägigen Wartezeit benachteiligt zu sein und legte beim Spruchauschuß Einspruch ein mit dem Antrag, ihm die Arbeitslosenunterstützung ohne Auserlegung einer Wartezeit fortzusetzen. Der Spruchauschuß gab dem Einspruch des Klägers mit Stimmenmehrheit statt. Gegen die Entscheidung des Spruchauschusses hat dessen Vorsitzender Berufung eingelegt, und so mußte der Streitfall von der Spruchkammer entschieden werden. Die Spruchkammer nahm auch dazu Stellung und vertrat die Auffassung, daß die Auserlegung der Wartezeit gerechtfertigt sei, weil § 110 b Absatz 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf den Fall des Unterstützungsbezuges auf Wanderschaft nicht anwendbar sei. Da in dieser Frage von seiten der höchsten Auslegungsinanz noch keine grundsätzliche Entscheidung vorlag, hat die Spruchkammer die Sache an den Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung abgegeben. Dem Spruchsenat wurde von der Spruchkammer folgende Frage vorgelegt: „Ob einer weniger als 6 zusammenhängende Wochen umfassenden Beschäftigung im Sinne des § 110 b Absatz 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, eine Unterstützungsbetrag gleichzustellen sei, innerhalb deren eine Beschäftigung überhaupt nicht ausgeübt wurde, im besonderen eine weniger als 6 Wochen dauernde ohne Wanderschein nach § 169 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.“

Der Spruchsenat hat auch eingehend zu der ihm gestellten Frage Stellung genommen und hat folgende grundsätzliche Entscheidung gefällt:

Begibt sich der Arbeitslose nach Beginn des Unterstützungsbezuges ohne Wanderschein (§ 169 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes), so darf nach Beendigung der Wanderschaft bei Fortgewährung der Arbeitslosenunterstützung eine Wartezeit nicht festgesetzt werden.

Die Entscheidung wurde am 16. Januar 1931 (III a AR 340/30) gefällt. Der Senat hat sich damit durch seine Entscheidung der Auffassung der Spruchkammer nicht anschließen können. Der Spruchsenat führte in seinen Entscheidungsgründen aus, daß der Spruchkammer ohne Bedenken darin zuzustimmen sei, daß eine „Beschäftigung des Arbeitslosen“ im Sinne des § 110 b Absatz 3 des Gesetzes nach seinem klaren Wortlaut dann nicht vorliegt, wenn der Arbeitslose während der fraglichen Zeit keine Beschäftigung ausgeübt hat, sondern auf Wanderschaft war. Deshalb kann aber nicht angenommen werden, daß der Arbeitslose, wenn er auch ohne Wanderschein in die

Fremde geht, nach seiner Rückkehr eine Wartezeit wieder durchzumachen habe. Eine Arbeitslosmeldung setzt nach den Vorschriften des Gesetzes voraus, daß der Versicherte, der berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht, was auch in vorliegendem Fall aus den gemachten Feststellungen ersichtlich war. Aus den Akten war zu ersehen, daß der Kläger während der Wanderschaft arbeitslos gewesen sei und deshalb keine gesetzliche Handhabe vorliege, ihm eine neue Wartezeit aufzuerlegen. Hat dagegen in einem Fall wie dem vorliegenden der Versicherte nach Verlust seiner Arbeitsstelle sich arbeitslos gemeldet, die Unterstützung zunächst bezogen, den Unterstützungsbezug ohne Aufnahme einer neuen Beschäftigung unterbrochen, so liegt, wenn er danach die Fortgewährung der Unterstützung beantragt, nicht gleichzeitig auch eine erneute Arbeitslosmeldung im Sinn der §§ 110 a, 110 b Absatz 3 des Gesetzes, sondern lediglich eine Erklärung dem Arbeitsamt gegenüber vor, daß er noch arbeitslos sei.

Leider geht aus der Begründung zur Entscheidung des Spruchsenats nicht klar hervor, ob in den Fällen, wo die Wanderschaft über 6 Wochen hinaus sich erstreckt, die Bestimmungen des § 110 b Absatz 3 trotzdem in Frage kommen können. Aus dem Wortlaut der Entscheidung ist auch die Annahme, daß auch darüber hinaus eine Auserlegung der Wartezeit unstatthaft ist, gerechtfertigt. Der Spruchsenat geht auch näher auf die Frage ein des Unterschieds zwischen Stellung des Antrags auf Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosmeldung und kommt zu dem Ergebnis, daß beides rechtlich voneinander zu trennen sei, was auch schon in früheren Entscheidungen zum Ausdruck gebracht wurde. Es darf daher bei Fortgewährung der Arbeitslosenunterstützung, während der der Versicherte arbeitslos geblieben ist, keine Wartezeit, wie es einwandfrei aus dem Wortlaut der Entscheidung hervorgeht, festgesetzt werden.

Zweite Notverordnung — Aufwertungszinszuschlag — Keine Mieterhöhung vom 1. Januar 1932?

In der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 ist die bisher maßgebende Bestimmung des Selbstentwertungsausgleichsgesetzes vom 1. Juni 1926 grundsätzlich abgeändert worden. Der maßgebende Teil des vorerwähnten Gesetzes ist gestrichen worden und durch eine neue Bestimmung ersetzt, wonach die Länder zum Ausgleich des Aufwertungszinszuschlags die Steuer nur insoweit ermäßigen dürfen, als dem Eigentümer die zur Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken und des Eigenkapitals erforderlichen Beträge zur Verfügung stehen. Sind also für bestimmte Gruppen von Grundstücken Steuerermäßigungen geboten, so können die einzelnen Länder hierfür einen allgemeinen Steuerfuß festsetzen und entscheidet im Zweifel hierüber die Reichsregierung im Benehmen mit dem Reichsrat. Es müssen also hiernach diejenigen Länder, die eine Regelung noch nicht getroffen haben, im laufenden Rechnungsjahre mit Wirkung vom 1. Januar 1932 für einen Ausgleich der Mehrzinslast sorgen. Bekanntlich sind nach früherer Regelung die Aufwertungshypotheken vom 1. Januar 1932 statt mit 5 % mit 7 1/2 % zu verzinzen. Um den Kredit nicht zu gefährden, soll eine Hinauschiebung dieses Termins nicht erfolgen. Es ist auch eine entsprechende Heraussetzung der Mieten nicht beabsichtigt, sondern vielmehr für den nicht leistungsfähigen Hauseigentümer ein entsprechender Nachlaß der Hauszinssteuer zugesichert. Indirekt wird also hierdurch noch weniger Hauszinssteuer für den Wohnungsbau übrigbleiben, weil andere bisher hieraus befristete Lasten noch nicht abgebaut werden können. Im übrigen greift das Reich tief in die Grundlagen der bisherigen Mietzinsbildung ein, da es die höhere Verzinsung des Eigenkapitals auch nicht hinausschieben wollte. Mag man aber noch so kritisch dieser Neuregelung in der Notverordnung gegenüberstehen, so ist doch die Nicht Einführung der Mieterhöhung zum 1. Januar 1932 zu begrüßen. Infolge der großen Arbeitslosigkeit würden doch sonst auch hiervon noch Millionen von arbeitslosen Familien betroffen werden, deren Auswirkung sich gerade in den Wintermonaten besonders zeigen würde. Hat also diese Notverordnung viele Särten aufzuweisen, so zeigt sie aber noch in der Nicht Einführung der Mieterhöhung etwas sozialen Geist und Verständnis. Mögen unsere Parlamentsvertreter weiterhin dafür Sorge tragen, daß die noch vorhandenen „Giftzähne“, die sich gegen die arbeitende Klasse richten, aus dieser Notverordnung entfernt werden. R. V.

Generalversammlung der Volksfürsorge

Im neuen Verwaltungsgebäude in Hamburg fand kürzlich die Generalversammlung der Volksfürsorge statt. Als Vertreter der Aktionäre waren bekannte Persönlichkeiten aus der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung erschienen, um durch die Beschlüsse der Generalversammlung erneut Zeugnis abzulegen von der gemeinsamen Wirksamkeit und der großen Leistungsfähigkeit des Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft. Der Vorstand legte den Rechenschaftsbericht vor. Vom Gesichtspunkte der gegenwärtigen Wirtschaftslage gesehen, kann das vorjährige Geschäftsergebnis nicht nur als befriedigend, sondern als durchaus günstig bezeichnet werden. Es ist selbstverständlich, daß bei der großen Arbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer, selbst wenn sie das Bedürfnis nach einer Lebensversicherung haben, den Abschluß nicht durchführen können, weil es an den notwendigen Einkünften mangelt. Wenn es unter diesen Umständen doch gelang, 416 000 neue Versicherungen abzuschließen, ist dies ein Beweis des großen Vertrauens, das die Volksfürsorge in weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung genießt. Der Versicherungsbestand am Ende

des Vorjahres beziffert sich nach den Angaben im Vorstandsbericht auf 2 186 687 Versicherungspoliceen mit 880 793 456 M Versicherungssumme.

Vom Vorstand konnte insbesondere darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auch unter dem jetzigen Krisenzustand nicht gelitten hat, und in dieser Richtung liegende Zweifel vollkommen grundlos sind. So recht bekräftigt werden die letzten Ausführungen auch durch die weiteren Zahlen im Geschäftsbericht. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen beliefen sich 1930 auf 59 343 863,39 M. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen erreichten 3 515 032,45 M. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Ueberschuß von 13 089 993,44 M. Auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde durch die Generalversammlung die Verteilung des Ueberschusses wie folgt vorgenommen (abgerundete Zahlen): 1. Für die mit Gewinnanteilen Versicherten 11,48 Millionen Mark. 2. Für den gesetzlichen und die übrigen Reservefonds 1,4 Millionen Mark. 3. Für Verzinsung des Aktienkapitals 0,05 Millionen Mark. 4. Vortrag auf neue Rechnung 0,15 Millionen Mark.

Diese Verteilung gestattet es wiederum, den mit Gewinnanteilen Versicherten in der Volksabteilung 30 %, Lebensabteilung 35 % der Jahresprämie als Gewinnanteile gutzuschreiben. Darüber hinaus wird den 1924 mit Gewinnanteilen Versicherten noch nachträglich eine Erhöhung der Gewinnanteile in der Volksabteilung um 10 auf 20 %, Lebensabteilung um 5 auf 25 % zugestanden. Die Bilanz schließt in ihren Endzahlen auf der Aktiv- und Passivseite je mit 140 108 812,79 M.

Diese große Leistung war nur möglich durch das enge Zusammenwirken aller Kräfte. Die aufopferungsvolle Arbeit der Funktionäre, die umsichtige Verwaltung und die weitgehende Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften und andere befreundete Organisationen haben daran großen Anteil. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 hat erneut unter Beweis gestellt, daß die Volksfürsorge nicht nur eine gute, sondern auch eine billige Lebensversicherung bietet. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Volksfürsorge ihre Leistungsfähigkeit noch bedeutend steigern kann, wenn alle Gewerkschaftskollegen daran denken, daß sie Versicherungen für sich und ihre Familienangehörigen nur bei ihr abschließen. Setzt sich diese Erkenntnis in diesem Jahr durch, wird es auch trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse möglich sein, für 1931 ein günstiges Geschäftsergebnis zu erzielen.

Arbeitslosigkeit — Mietzahlung?

Infolge der größeren Arbeitslosigkeit zeigt sich auch in den größeren Wohnungs- und Mieteeinigungsämtern die Steigerung derjenigen Personen, die da glauben, trotz vorliegender Mietvertragsverhältnisse keine Wohnungsmiete mehr zahlen zu brauchen. Diese irrtümliche Auffassung infolge vorhandener Gesetzeskenntnis führt aber häufig zu den unliebsamsten Konsequenzen, wenn nicht oft zur vollständigen Zerrüttung der Familienverhältnisse. Bekanntlich kann der Hauseigentümer bei Nichtzahlung der fälligen Wohnungsmiete auch gegen Arbeitslose mit einer Räumungsklage vorgehen. Die Entscheidung der Gerichte lautet dann gewöhnlich auf sofortige Räumung und nur in den seltensten Fällen auf „Räumung gegen Stellung eines Ersatzraumes“, sofern vom Gericht erkannt wird, daß keine Böswilligkeit in der Nichtmietzahlung gegeben war. Ob der Arbeitslose zahlungsfähig war, darum kümmert sich selten das Gericht, sondern Mietvertrag bleibt eben Mietvertrag. Hinzu kommen dann noch die Gerichts- und Anwaltskosten, so daß der Arbeitslose fast völlig zur Verzweiflung getrieben wird, wenn er nicht durch das zuständige Wohnungsamt sofort wieder eine andere Wohnung zugewiesen erhält. Diese Zuweisung von Wohnungen durch die Wohnungsämter ist nun selbstverständlich auch in den größeren Städten sehr schwer, sofern es sich um einen wegen Nichtmietzahlung hinausgeklagten Arbeitslosen handelt. Bekanntlich hat über die Aufnahme des zugewiesenen Mieters der Hauseigentümer zu entscheiden und nur bei Aussicht auf Erfolg beschreiben die Wohnungsämter bei den Mieteeinigungsämtern das sogenannte Zwangsmietvertragsverfahren, um die abgewiesenen „fäunigen“ Mietezahler, aber auch kinderreiche Familien endlich wieder in eine Wohnung hineinzubekommen. Gegen diese Entscheidungen ist nun noch das Landgerichtsvorgehen gegeben, so daß tatsächlich während dieser oft drei- bis sechsmonatigen Prozessperiode das Familienleben zerstört ist. Es kann deshalb nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die Arbeitslosen im eigenen Interesse diese Schwierigkeiten rechtzeitig erkennen und abhelfen lassen müssen. Dieses kann fast stets geschehen, wenn endlich einmal die Betroffenen sich rechtzeitig die richtigen Auskünfte von den fast überall vorhandenen Auskunftsstellen der Wohnungsämter oder den hierfür geschaffenen gewerkschaftlichen Institutionen — Auskunftsstellen und Arbeiterssekretariate — holen. Leider geschieht dies fast immer zu spät, das heißt dann, wenn bereits das Räumungsurteil vom Gericht gefällt ist. Nun sollen Wohnungsämter und die eventuell anzurufenden Mieteeinigungsämter sofort helfen, was leider aus den eben erwähnten Gründen nur sehr selten gelingt. — Es müssen daher die arbeitslosen Familienväter bei unverfügbaren Notlage sich auch an die Wohlfahrtsämter zwecks Zuwendung eines einmaligen Mietzuschusses rechtzeitig wenden, selbst wenn sie sich noch in der Erwerbslosen- oder Krisenfürsorge befinden sollten, da in solchen Fällen eingegriffen werden muß. Bei den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern ist dieses an und für sich selbstverständlich. In jedem Kreisfürsorgeverband befinden sich organisierte Arbeitervertreter, die mit Gewißheit bei bürokratischer Ablehnung in solchen Notfällen helfend eingreifen würden. Mögen daher vorstehende Winke und Ratsschläge von den Betroffenen beachtet werden im Interesse der arbeitslosen Familienangehörigen. R. V.

Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg!
Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Politische Wochenchau

Entspannung in der Außenpolitik — Eine Woche außenpolitische Hochkonjunktur — Hindenburg schreibt an Hoover — Rede des Reichskanzlers — Deutsch-französische Minister-Zusammenkunft — Ein politischer Kredit — Sozialdemokratie fordert Aenderung der Notverordnung — Sozialistische Abrüstungsaktion — Hoch lebe der Partikularismus.

Durch die bedeutsame politische Erklärung des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover und die Entscheidungen der französischen Kammer, die mit großer Mehrheit dem Vorschlag der französischen Regierung in der Frage des einjährigen Zahlungsausschubs Deutschlands zustimmte, ist eine wesentliche Entspannung in der außenpolitischen Atmosphäre eingetreten. Die aufrechte Haltung der englischen Arbeiterregierung in den großen Fragen der deutschen Außenpolitik hat wesentlich zur Erleichterung unserer Lage beigetragen. Nun dürfen wir wieder einige Hoffnung haben und zuversichtlich sein. Das Sturmgewölk, das noch in voriger Woche den Horizont verdüsterte, hat sich verzogen. Trotzdem wird es noch lange dauern bis die Sonne auch für die Arbeiterklasse wieder scheint.

In der Geschichte des deutschen Volkes werden die außenpolitischen Ereignisse dieser Woche für immer bedeutungsvoll bleiben. Im Mittelpunkt stand die nachfolgende Erklärung Hoovers: „Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbaukosten vor, und zwar sowohl bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres unter der Bedingung, daß die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben.“ Dieser wichtigen Erklärung haben alle Gläubigerstaaten Deutschlands zugestimmt. Nur Frankreich hat einige Vorbehalte gemacht, hinsichtlich der Weitergeltung des Youngplanes. Im Prinzip hält jedoch auch die französische Regierung den Schritt Hoovers für zweckmäßig.

Dem Schritt Hoovers ging ein bedeutsamer Notenwechsel der Diplomaten voraus. Das ist begreiflich. Ohne weiteres war Amerika ja nicht bereit zu seinem heroischen Entschluß. Die diplomatische Vorarbeit in den Vereinigten Staaten fand ihren vorläufigen Abschluß durch einen Brief Hindenburgs. In diesem Brieffelegramm wird die Not Deutschlands eingehend geschildert, auf die drohenden Gefahren der gegenwärtigen Lage hingewiesen und schließlich um Hilfe ersucht. Dieses Brieffelegramm lag zunächst in zwei Fassungen vor. Es wurde übermittelt auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung und abgeschickt, nachdem die Erklärung Hoovers bereits feststand und das Auswärtige Amt in Berlin über seinen Inhalt bereits informiert worden war.

Es ist selbstverständlich, daß auch der deutsche Reichskanzler in dieser Woche höchste außenpolitische Aktivität entfaltet hat. Auch wir Sozialisten müssen seine große staatsmännische Rede bewundern, die er am Rundfunk gehalten hat. Besonders der Teil, der die Verständigung mit Frankreich betraf, verdient unsere Anerkennung. Ja, das war uns aus dem Herzen gesprochen. „Die deutsche Regierung“, so sprach der Kanzler, „ist sich bewußt, daß der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt. Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche Schwierigkeiten und Hemmungen hervorgetreten sind, wenn es in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen ist, so halte ich trotzdem an der Ueberzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigem guten Willen Mittel und Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Basis der Dauer in sich trägt.“ Wir können hier jeden Satz unterschreiben.

Bei dieser Gelegenheit führte der Kanzler folgendes aus: „Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat. — Die Aufgaben, vor denen Frankreich und Deutschland stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und rückhaltlosem Meinungs Austausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgabe aussichtsvoll in Angriff genommen werde.“ Die französische Regierung hat mitteilen lassen, daß ihr ein Schritt dieser Art genehm sei. Nach Meldungen aus Paris soll diese historische Ministerzusammenkunft bereits im Juli stattfinden. Mögen auch die Nationalisten hüben und drüben toben; was der Völkerverständigung dient, muß gefördert werden. Dafür kämpfen wir Sozialisten schon immer.

Zur Befriedigung des Geldbedarfs am Monatsende hat die Reichsbank mit der Bank von England, der Federal Reserve Bank von New York, der Bank von Frankreich und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Reparationsbank) Abkommen geschlossen, durch die eine

Rediskontmöglichkeit in ausreichendem Umfange gesichert ist. Jede der vier Banken beteiligt sich an dem auf 100 Millionen Dollar bemessenen Gesamtbetrag mit einem Viertel, das ist mit einer Summe bis zu 25 Millionen Dollar. Der Gegenwert wird auf Verlangen der Reichsbank zu deren Verfügung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel eingezahlt.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat unter dem 23. Juni ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, aus dem wir folgende Sätze wiedergeben: „Der amerikanische Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Regierungsschulden eröffnet die Aussicht auf eine beträchtliche Erleichterung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Obgleich der Vorschlag noch der Zustimmung der beteiligten Mächte bedarf, halten wir es für dringend erforderlich, die zugesagten Besprechungen über die Abänderung der Notverordnung sofort einzuleiten. Die in der Notverordnung enthaltenen Härten werden, wenn das Moratorium zustande kommt, von den betroffenen Schichten als besonders unerträglich empfunden werden. Wir verkennen nicht, daß der Plan des Präsidenten Hoover keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundsatz der Finanzsanierung muß aufrechterhalten werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Abbauvorschriften der Notverordnung gemildert und die schweren Steuerlasten gesenkt werden. Diese Maßnahmen dürfen nur dem Zwecke dienen, die durch Lohn- und Sozialabbau viel zu weit eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung zu verbessern. Die werttätigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzsanierung gebracht; deshalb haben sie einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen künftig alle Erleichterungen zugute kommen. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufstieg und politische Beruhigung werden. Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten.“ Reichskanzler Dr. Brüning hat in einem Schreiben Verhandlungen in dieser Frage zugesagt.

Die am Sonntag in Genf stattgefundenen Beratungen der gemeinsamen Abrüstungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale endeten mit der Abfassung eines umfassenden Aktionsprogramms. Es enthält als Hauptpunkte die Veranstaltung großer Arbeiterdemonstrationen in allen Ländern vor und während der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes. Eine Massenpetition aus allen Ländern, die sich sowohl an die einzelnen Regierungen als auch an die Abrüstungskonferenz selbst richten und sie zu ernstlichen Maßnahmen ersuchen soll, Grenzlandtreffen, parlamentarische Aktionen, Pressenkampagnen, die Beteiligung von Flugkristen und schließlich eine gemeinsame Konferenz der beiden Internationalen. Die Konferenz beschloß ferner einen Entwurf bestimmter Forderungen an die Abrüstungskonferenz. In ihm wird verlangt: Wesentliche Herabsetzung der Rüstungen, fortschreitende Abrüstung bis zur vollständigen Beseitigung aller Rüstungen, internationale Kontrolle der Abrüstungskonventionen.

Im Landtag von Mecklenburg-Strelitz begann die Debatte über den eventuellen Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen. Ihr Verlauf zeigte, daß sich für den Anschluß die nach der Verfassung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht ergeben wird, so daß der Anschluß des „verfassungswidrigen Naturschutzparkes“, wie vor nicht allzu langer Zeit ein Landtagsabgeordneter von Mecklenburg-Strelitz sein Heimatland einmal genannt hat, vorläufig nicht in Frage kommt. Hauptgegner des Anschlusses sind die Deutschenationalen, die sich insbesondere in Mecklenburg-Strelitz immer durch Rückständigkeit ausgezeichnet haben.

Briefkasten der Redaktion

Ins Ausland W. F. Grundsätzlich dürfen Pässe an Minderjährige ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters nicht ausgestellt werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die zuständige Vormundschafts- oder die Gemeindebehörde Deinen Antrag auf Ausstellung eines Passes unterstützt. Die Ausstellung eines Passes an der Grenze ist nicht möglich. Die deutschen Vertretungen im Ausland können von den oben angeführten Erfordernissen absehen, wenn durch die Verlegung des Passes für den Minderjährigen wesentliche Nachteile entstehen würden.

Rücklingen. Mitglieder, die der Rasse über fünf Jahre angehören, können sich das Sterbegeld dauernd sichern, wenn sie nach Beendigung der Krankenversicherung vierteljährlich einen Wochenbeitrag zahlen. Die Zahlung des vierteljährlichen Beitrages beginnt, nachdem der Vorstand den Antrag genehmigt, mit dem Erfsten des nächstfolgenden Monats; die wöchentlichen Beiträge sind bis dahin zu zahlen.

Literarisches

Mein frohes Völkchen. Dieses neue Buch von Münch bei der Wiedergilde — „Mein frohes Völkchen“, in Leinen Preis 3 M — ist ein Buch für Leute, die lachen wollen, die lernen wollen und die mit dazu beitragen möchten, daß in unserm mehr Fröhlichkeit und liebevollem Verständnis kommt. Beim Lesen dieser Geschichten wird jeder daran erinnert, daß er dies und jenes selbst schon erlebt hat. Ja, dieses Buch ist ein Ratgeber für Eltern und Erzieher, bloß daß es keine hochtrabenden billigen Weisheiten verzapft, sondern alles in einer freundlich zurendenden und plaudernden Weise sagt. Dieses Buch sollten sich Eltern und Erzieher gegenseitig schenken. Ueberall dort, wo es unter häuslichen und beruflichen Problemen „gibt“, dort erscheint dieser neue Münch als guter und sehr bald begehrt auftretender Freund: lachend, weise, beiführend und doch energisch, ein prächtiger Kamerad, in dessen Nähe das Leben leichter und froher wird.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftsstunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleiter: Lothar Erdmann. Heft 5, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Julestraße 6 a. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

Freie Gewerkschaften und Bauausstellung. In dem vorliegenden Doppelheft 9/10 der „Wohnungs-Wirtschaft“ finden wir eine übersichtliche, von Lageplänen und Photographien unterstützte Beschreibung der „Deutschen Bauausstellung Berlin 1931“. Das Heft bringt ferner eine Anzahl guter Abbildungen des August-Bebel-Hofes in Braunshweig, dessen klare, großzügige Architektur wie ein Symbol der Macht und Größe der modernen Arbeiterbewegung auf den Besucher wirkt. Die „Wohnungs-Wirtschaft“ erscheint zweimal monatlich. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle, Berlin S 14, Wallstraße 58, entgegen.

Gaulterer. Von Franz Jung. Gesellschaftskritischer Roman. 1931. Einband und Typographie: Van Eschold, München. 244 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61. Preis 4,80 M. Franz Jung ist kein Reuling in der Literatur. Auch der Bücherkreis zählt ihn bereits zu seinen Autoren. Im „Vier-Männer-Buch“ ist er mit der Novelle „Das Erbe“ vertreten. In dem Roman „Gaulterer“ erzählt er flott, amüsan und spannend die Geschichte einer Zolleinschiebung an der oberelbischen Grenze. Aber diese Fabel bildet nur Rahmen und Hintergrund für ein weiter gestecktes Ziel. Jung will zeigen, wie in der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft alles zur Ware erniedrigt ist, wie die Menschen zu „Hausieren“ geworden sind. Jung's neues Buch „Gaulterer“ ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer eigen geprägten Arbeiterdichtung und wird sicherlich eine lebhaft diskutierte Entzifferung sein.

Das soziale Wohnungsproblem. Verlag F. H. W. Dieb, Berlin. Richard Winkler erörtert in der zweiten Nummer von „Wohnungsbau und Miete“ in ausgedehnter, umfassender Darstellung das Wohnungsproblem. Die von der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Mätiere „Wohnungsbau und Miete“ zur Information über die Tätigkeits der Partei in diesen Fragen haben überall das lebhafteste Interesse gefunden.

Anzeigen

Sterbetafel.

- Berlin (Bezirk 11).** Am 18. Juni starb unser Kamerad **Theodor Scholler** im Alter von 50 Jahren an Lungen- und Rippenfellentzündung. — Am 25. Juni starb unser Kamerad **Wilhelm Nix** im Alter von 62 Jahren an Magenleiden.
- Chemnitz.** Am 12. Juni starb unser Kamerad **Fritz Brückner** im Alter von 23 Jahren infolge Motorradunfall.
- Danzig.** Am 25. Juni starb unser Kamerad **Arthur Klawitter** im Alter von 34 Jahren.
- Dresden.** Am 17. Juni starb unser Kamerad **Gustav Müller** im Alter von 56 Jahren an Kehlkopfleid. — Am 18. Juni starb unser Kamerad **Louis Lippert** im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung. — Am 19. Juni starb unser Kamerad **Oswald Rosenkranz** im Alter von 69 Jahren an Asthma.
- Frankfurt an der Oder.** Am 23. Juni starb unser Kamerad **Hermann Jacoboy** im Alter von 70 Jahren an Zuckerkrankheit.
- Goldberg in Mecklenburg.** Am 18. Juni starb unser Kamerad **Heinrich Rohloff** im Alter von 74 Jahren an Blasenleiden.
- Großenhain.** Am 13. Juni starb unser Kamerad **Hermann Leuschner** im Alter von 62 Jahren an Altersschwäche.
- Lauingen.** Am 15. Juni starb unser Kamerad **Balthasar Gail** im Alter von 33 Jahren an Mittelohrentzündung.
- Mannheim.** Am 19. Juni starb unser Kamerad **Franz Schlotthauer** im Alter von 43 Jahren.
- Pyritz.** Am 20. Juni starb unser Kamerad **Karl Nicklas** im Alter von 69 Jahren.
- Reichenbach im Vogtland.** Am 16. Juni starb unser Kamerad **Albin Herzog** im Alter von 58 Jahren infolge Anfall.
- Richtenberg.** Am 13. Juni starb unser Kamerad **Christian Burmeister** im Alter von 51 Jahren.
- Senftenberg.** Am 22. Juni starb unser Kamerad **Gottfried Wolter** im Alter von 52 Jahren an Herzschlag.
- Stuttgart.** Am 16. Juni starb unser Kamerad **Martin Bitterwolf** im Alter von 59 Jahren an den Folgen einer Magenoperation.
- Ulm.** Am 21. Juni starb unser Kamerad **Felix Heckmann** im Alter von 53 Jahren an Magenleiden.
- Weida.** Am 24. Mai starb unser Kamerad **Albert Pufe** im Alter von 24 Jahren.
- Wittenburg in Mecklenburg.** Am 19. Juni starb unser Kamerad **August Witte** im Alter von 74 Jahren an Herzleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Karlsruhe.

Am Sonntag, 19. Juli, vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus Karlsruhe, Schützenstraße 16, eine

Zahlstellenversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht vom 1. und 2. Quartal. 2. Rassenbericht. 3. Anträge und Wünsche. Es ist Pflicht eines jeden Bezirks, ihre Delegierten zu entsenden. [5 M] Der Vorstand.

Zahlstelle Delitzsch (Provinz Sachsen)

An durchreisende Kameraden kann ein Lokalgeschenk nicht mehr gewährt werden. [3 M] Der Vorstand.

Zahlstelle Grünberg.

Lokalgeschenke können an durchreisende Kameraden nicht mehr gewährt werden. [3 M] Der Vorstand.